NEUTRALE FREIE PRESSE Diese Wochenzeitung gibt's auch im **ABO! SEITE 15**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER Seite 6

Der Menschenrechtsanwalt: Markus Haintz verteidigt unermüdlich die Rechtsstaatlichkeit gegen die deutsche Regierung Seite 5

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 92 ab Samstag 4. Juni 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

»NEUE NORMALITÄT«

KRIEG, LÜGEN, INFLATION UND VERFOLGUNG

Das sagt die Regierung: **»DAS BESTE DEUTSCHLAND, DAS ES JE GEGEBEN HAT!«**

»Der Krieg gegen die Bevölkerung unter dem Namen »Coronakrise« ist eine Etappe einer ganzen Reihe von Kriegen«, schreibt der Berliner Psychologieprofessor Klaus-Jürgen Bruder hellsichtig kurz vor Beginn der Nato-Aufrüstung in der von ihm herausgegeben Anthologie »Corona. Inszenierung einer Krise«. Nun ist die nächste Etappe da.

Weite Teile des Volks sind vorbereitet, eingepeitscht durch zwei Jahre Corona-Lüge (Seite 3). »Wir stehen fest zur Ukraine«, heißt der Befehl, der aus den Kanonen der Regierungs- und Konzernpresse erschallt. Und so muss es geschehen. Die Menschen haben gelernt, wer jetzt nicht kuscht, wird verleumdet, geschlagen, verhaftet und verliert seine Rechte (Seite 4). Oder das Bankkonto, wie es auch dieser Zeitung zum mittlerweile fünften, sechsten oder elften Mal geschah (Seite 14).

FRIEREN FÜR DIE WILLKÜR

Mit »Frieden« meinen sie Krieg und Aufrüstung. Beim Wort »Demokratie« denken sie an sich selbst und ihre Posten. Mit »Freiheit« ist gemeint, dass Regierung und Konzerne machen können, was sie wollen. Nicht gebunden an Menschenrechte, Gesetze, Wahlen, Völker, Verfassungen und allgemeine Formen des Anstands.

Doch seit dem 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung in Deutschland auf die Straße. Es sind viele Millionen Oppositionelle, die »Nein« sagen, sich treffen, sich gegen die wahnwitzige Politik verschwören. Millionen, die aufbegehren, um eine friedliche, demokratische Republik einzufordern (Seiten 6 und 7). Millionen, die für den Wert des Menschseins an sich einstehen »müssen«. Demokraten wissen: Hinter dem einen Herrscher lauert nur der nächste, der wohl noch schlimmere Typ (Seiten 9 und 10). Sie fordern eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes (Seite 16).

Denn: Wer hat diese Regierung eigentlich dazu gewählt, das Militär aufzurüsten, unsere Heizungen, Autos und Betriebe stillzulegen und am Atomknopf zu spielen? – »Den Leuten geht es noch zu gut«, kommandiert unsere Regierung. Deren Sehnsucht nach dem Untergang machen wir nicht mit. Totale Mobilmachung? Nein, danke (Seiten 12 und 13). (hes)

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 92. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

NICHTOHNEUNS.DE

Einigender Europäer

Der Preis der Republik geht an Tom Meert. | LAUDATIO
von Dori Lee



Der belgische IT-Berater Tom Meert ist seit September 2020 unermüdlich in der Demokratiebewegung aktiv. Zuerst mit der Initiative »Free the Children« (Befreit die Kinder) und dann seit 2022 mit dem großen europäischen Vernetzungsprojekt »EuropeansUnited« (Vereinte Europäer).

Was er damit auf die Beine stellte, ist unglaublich. Mehrmals kamen in der belgischen Hauptstadt Brüssel Hunderttausende Demokraten zusammen. Unabhängige Beobachter sprechen sogar von siebenstelligen Teilnehmerzahlen. Dabei ließ sich der frisch gebackene Papa auch nicht von roher Polizeigewalt und eingeschleusten Provokateuren aus der Ruhe bringen.

Nun geht es zusammen mit italienischen, belgischen und österreichischen Mitstreitern am 25. Juni 2022 nach Frankfurt und zur Europäischen Zentralbank. Es wird wieder groß.

Für seinen langanhaltenden und ländervübergreifenden Einsatz für Demokratie in Europa gebührt Tom Meert Anerkennung, Dank und der Preis der Republik.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Tom Meert. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

mit dem Hambacher Fest am vergangenen Wochenende ist die Demokratiebewegung mit voller Kraft wieder auf die Straßen und Plätze der Republik getreten.

2022 wird historisch.

Noch dieser Hinweis, wegen der vielen irritierten Nachfragen:

Auch die Skatbank hat unter politischem Druck unser Konto gekündigt.

Die neue Bankverbindung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28
BIC: QNTODEB2XXX

♡-lich
Sodenkamp Lenz

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

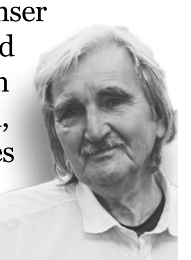
Das Spiel mit den Toten

EINWURF *von Werner Köhne*

»Die Geschichte sagt uns immer, wie man stirbt, niemals wie man lebt«, so beginnt der Historiker Jules Michelet seine Vorrede zu einem Kapitel über die Schlacht von Waterloo. Daraus müsste man schließen, dass jede Vorstellung von geschichtlichem Fortschritt verbunden wäre mit tödlichem Bruch, und wohl auch der Vernichtung von Individuen. Müssen also die »großen Erzählungen« immer so tödlich ausfallen oder gar auf dem Altar des Weltgeistes geopfert werden?

Das kann man auch anders sehen. Geschichte ist eben keine »große Erzählung«, sondern bietet uns langfristig bloß ein »Irgendwie Weitermachen«, ja ein Wiederholen im unverarbeiteten Todesschock. Auf die Toten bezogen kann man sich mal die Frage stellen: Welches Recht steht ihnen zu gegenüber uns, den Überlebenden. Oder auch: Wie können wir überhaupt mit ihnen wieder eine gemeinsame Erzählgemeinschaft bilden. Das ist nun wahrlich kein Fall für erhabenes Geschwätz – etwa, dass wir Sterblichen in unseren Kindern und Kindeskindern weiterleben und so über alle Rituale hinaus Kontinuität und Sinn schaffen. Die späte Moderne hat uns in fast allen Belangen individualisiert, fragmentiert und trotz digitalen Kommunikationswahns vorwiegend untereinander isoliert. Das allein mag schon der Grund dafür sein, dass vor zwei Jahren Masken und Abstandsregeln in der Bevölkerung auf keine große Gegenwehr stießen, als diese von »oben« verfügt wurden; Dies mag andererseits auch eine Erklärung dafür abgeben, dass man die Pandemie-Drohung so martialisch in unser Bewusstsein trieb, dass die Unterschiede der Generationen zunächst keine Rolle spielten. Es ging ja ums Ganze. Es gab deshalb keinen besonderen Schutz für die Alten.

Umso heftiger und penetranter fiel dann die präsidial inszenierte Todesfeier im Berliner Dom vor mehr als einem Jahr aus. Sie sollte uns einschwören auf eine Schicksalsgemeinschaft. Was für ein verheerender Kult wurde da betrieben, wobei die realen Toten in den Kerzenspielen kaum noch eine Rolle spielten. Sie blieben im öffentlichen Bewusstsein eine diffuse und deshalb leicht manipulierbare Größe. Was also zeigt uns dieses verquere Drama über unser Verhältnis zu den Alten und Toten? Derlei Fragen lassen sich wohl nur beantworten, wenn man unterhalb des Radars der gegenwärtigen Diskurse fliegt.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

DAS DESIGNER-VIRUS

Das Sars-Cov-2 Virus stammt mit überaus großer Wahrscheinlichkeit aus einem Biolabor und wurde absichtlich in seiner Infektiösität verstärkt. | Von Markus Fiedler

Das *Spike*-Protein wurde mit dem Erbgut des HI-Virus absichtlich modifiziert. Genau dieses *Spike*-Protein ist in seiner modifizierten Version der Hauptwirkstoff aller Sars-Cov-2-Gen-Impfstoffe.

Die Arbeit »Uncanny similarity of unique *inserts* in the 2019-nCoV *spike* protein to HIV-1 gp120 and Gag« von der Arbeitsgruppe der Forscher Prashant Pradhan, Ashutosh Kumar Pandey, Akhilesh Mishra und anderen wurde am 31. Januar 2020 als Vorabveröffentlichung publiziert. Sie enthält in mehrfacher Hinsicht Sprengstoff. Die Autoren stellten beispielsweise fest: »Es ist unwahrscheinlich, dass das Auffinden von vier einzigartigen *Inserts* im 2019-nCoV, die alle Identität/Ähnlichkeit mit Aminosäureresten in Schlüsselstrukturproteinen von HIV-1 aufweisen, zufälliger Natur ist.«

Interessant ist, dass alle vier *Inserts* nicht nur zufällig im Corona-Virus Sars-Cov-2 auftauchen, sondern drei davon ausgerechnet an den drei freistehenden Spitzen des *Spike*-Proteins, welches wiederum die enzymatisch aktiven Teile sind, die die Fusion der Zellmembran mit der viralen Membranhülle einleiten. Vergleichen Sie dazu bitte die Darstellungen auf Seite 3 des DW in Ausgabe 91 beziehungsweise den auf apolut.net in Kopie veröffentlichten Artikel.

KANN KEIN ZUFALL SEIN

Und diese Sequenzen sind nicht zufällige Sequenzen aus dem Genom vom HIV, sondern im Falle der drei so exponiert eingebauten Aminosäuresequenzen handelt es sich ausgerechnet um Aminosäuresequenzen aus dem GP120-Protein von HIV. GP120 ist seinerseits das *Spike*-Protein vom HI-Virus, der bekanntermaßen das Krankheitsbild Aids hervorruft. Aids hat deswegen eine so verheerende Wirkung, weil weiße Blutkörperchen mit CD4-Rezeptoren befallen werden. Und das GP120 vermittelt genau die Reaktion mit dem CD4-Rezeptorprotein. Diese T-Helferzellen (CD4-Lymphozyten) sind ein elementarer Bestandteil des Immunsystems, und ihr Ausfall in Folge der HIV-Infektion hat ein breitgefächertes Immunversagen des Patienten zur Folge.

Wie schon im letzten Artikel erwähnt, gab es eine E-Mail an den amerikanischen »Chief Medical Advisor to the President« Dr. Anthony Fauci, die neben 3.200 anderer E-Mails im Rahmen einer Informationsfreiheitsklage an die Öffentlichkeit kam. Darin wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass von Sars-Cov-2 die Gefahr ausgehen könnte, dass dieses Virus nicht nur Zellen mit ACE-Rezeptor befällt, sondern zusätzlich auch Zellen mit CD4-Rezeptor! Der unkenntlich gemachte Schreiber empfahl dringend weitere Forschung zu dieser sehr wichtigen Fragestellung.
Zitat: »In anderen Worten, das [Covid-19]-Virus könnte potentiell zwei Ziele haben. Die Lunge und potentiell zusätzlich CD4-T-Zellen.«

Die in den Corona-Gen-Impfstoffen verwendeten Gensequenzen für das *Spike*-Protein enthalten genau diese aus HIV künstlich eingebrachten Gensequenzen! Wenn man einer sehr sehenswerten RT-Dokumentation namens »Biologische Waffen – Wahrheit oder Lüge?« vom Mai 2022 glauben darf, geht die Entwicklung von *Gain-of-Function*-Forschung (die hier vorliegt) und den



Demokratin will Mensch bleiben.
Foto: Georgi Belickin

passenden Impfstoffen mit einher. Daher stellt sich die Frage, ob die Corona-Impfstoffe wirklich erst ab 2020 und nicht schon viel früher entwickelt wurden. Dafür sprechen einige Indizien.

IMMUNSYSTEM UNTER BESCHUSS

Wie früher schon von mir berichtet, klagen einige Patienten nach Corona-Gen-Impfungen über ein defektes Immunsystem. Das wird auch schon zwangsweise in den *Mainstream*-Medien bei sogenannten Faktencheckern diskutiert, weil eine niederländische Studie hier sehr viel Staub aufgewirbelt hatte. Und es bleibt abschließend die erschreckende Erkenntnis, dass erste Beobachtungen von Dr. Peter A. Mc Cullough vollkommen korrekt sind, dass mit Corona-Gen-Impfstoffen behandelte Patienten plötzlich auf HIV-Tests positiv ansprachen. Auch dass der Nobelpreisträger und Entdecker des HIV, Prof. Dr. Luc Montagnier frühzeitig auf HIV-Sequenzen in Sars-Cov-2 hinwies und seinerseits von einem künstlich erzeugten Virus sprach, darf nicht unerwähnt bleiben. Im DW Nr. 74 vom 24. Dezember 2021 hatten wir bereits darüber berichtet. Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

ZUKUNFT DER CORONA

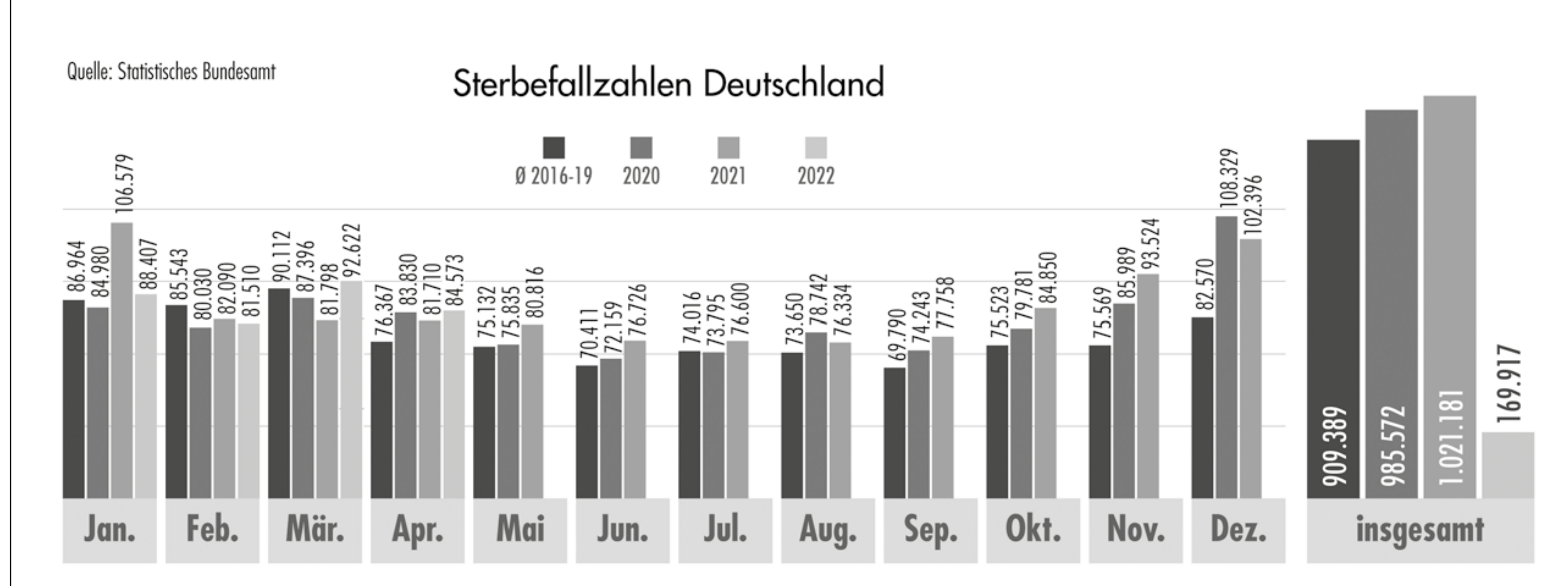
Shanghai/DW. Chinesische Arbeiter müssen nach der Arbeit in ihren Fabriken schlafen, weil sie wegen der Ausgangssperren das Werksgelände nicht mehr verlassen dürfen. Laut einem Bericht der *Tagesschau* vom 29. Mai 2022 laufen in Shanghai die Fabriken wieder unter der Bedingung, dass Tausende Mitarbeiter seit Wochen und bis auf weiteres ihren Arbeitsplatz nicht verlassen.

Die Regierung hatte als Bedingung für die erneute Arbeitsaufnahme die Auflage aufgestellt, dass wer einmal das Werksgelände betreten habe, dieses nicht mehr verlassen dürfe. Auch der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall lässt so arbeiten. »Wir fragen die Leute, ob sie kommen wollen oder nicht. Sie müssen ja nicht kommen«, so Peter Willemsen, Präsident von Rheinmetall China. (hes)

AFRIKA STOPPT PHARMA-WHO

Berlin/DW. Die Pläne der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen weltweit gültigen »Pandemievertrag« durchzudrücken, wurden bei der Jahresversammlung der WHO in der Woche vom 23. bis zum 27. Mai 2022 aufgehalten. In der Verkündung des Vetos sagte der Vertreter von Botswana im Namen von 47 afrikanischen Staaten, dass man »vollen Respekt vor der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten« fordere, wie der renommierte Medizinblog *tkp.at* berichtet.

Auch Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Iran und Malaysia sagten nein. Das Veto kann den Prozess des Pandemievertrags hinauszögern, welcher der undemokratischen WHO die Macht von Eingriffen in nationale Gesetzgebung gibt. Das Projekt geht auf Betreiben der USA und der EU zurück. Bei der 77. Sitzung der Gesundheitsversammlung im Jahr 2024 soll ein leicht veränderter Pandemievertrag erneut vorgelegt werden. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

SPRINGER-CHEF WIRD GEGANGEN

Berlin/DW. Der Spingerkonzern-Chef Matthias Döpfner muss sein Amt als Präsident des Bundesverbands der Zeitungsverleger (BDZV) niederlegen. Döpfner hatte sich hinter den bald entlassenen *Bild*-Chef Julian Reichelt und dessen späte und leicht-kritische Berichterstattung zur Corona-Politik gestellt.

In der *New York Times* waren daraufhin private Textnachrichten des Konzernchefs veröffentlicht worden, in denen sich Döpfner über den Untertanengeist der deutschen Journalisten lustig gemacht hatte. Nun muss auch Döpfner den prestigereichen Posten verlassen. (hes)

SIE WILL JA NUR ZUGUCKEN

Berlin/DW. Bundesinnenministerin Nancy Faeser will unter dem Vorwand der Bekämpfung von Kinderpornografie Kommunikation in sozialen Medien ausspähen. Es gehe um die Überwachung von Chatgruppen und Plattformen im Internet, auf denen Bilder geteilt werden können.

Also alle. Gegenüber der *ARD* sagte sie am 29. Mai 2022, dass außerdem Digital-Konzerne wie Google, Facebook und Twitter die Kommunikation ihrer Nutzer nicht nur überwachen sollten, sondern qua Gesetz überwachen müssten. Es solle weiters ein EU-Zentrum eingerichtet werden, das entsprechende Späh-Technologie für die Digitalkonzerne entwickelt. (hes)

DAVOS-MENSCHEN WOLLEN UNSERE ZUKUNFT MACHEN

Davos/DW. In seiner Eröffnungsrede zum diesjährigen Davos-Treffen sagte der Gründer des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab: »Die Zukunft passiert nicht einfach. Die Zukunft wird von uns gemacht!

Von einer mächtigen Gemeinschaft, wie Sie hier in diesem Raum. Wir haben die Mittel, um die Zustände auf der Welt zu verbessern. Dazu bedarf es jedoch zweier Voraussetzungen. Die erste ist, dass wir alle als Interessensvertreter (Stakeholder) größerer Gemeinschaften agieren, dass wir nicht unseren Eigeninteressen verfolgen, sondern der Gemeinschaft dienen. Das nennen wir ›*Stakeholder*-Verantwortlichkeit‹.

Und zweitens, dass wir zusammenarbeiten. Und darum werden Sie im Laufe des Treffens viele gute Gelegenheiten finden, um sich in handlungs- und ergebnisorientierten Initiativen zu engagieren, um Fortschritte in Bezug auf bestimmte Themen der globalen Agenda zu erzielen.« (ber)



Demokraten lassen nicht locker: Corona-Verbrechen müssen lückenlos aufgearbeitet werden. Foto: Georgi Belickin

DIE DUNKLE TRIADE DER GEWALTENTEILUNG

Seit zwei Jahren haben sich alle drei Gewalten zu einem Machtmonopol verschmolzen und den Rechtsstaat ad absurdum geführt. | Von Anke Behrend

Die Gewaltenteilung wurde als Grundpfeiler der bundesdeutschen Demokratie erzählt, als tragendes Prinzip des Rechtsstaates. Die gesetzgebende Legislative, die ausführende Exekutive und die Rechtsprechung – Judikative – als Korrektiv sollten die im Grundgesetz garantierten Werte Freiheit und Gleichheit durch Gewaltenteilung garantieren.

»In Rechtsstaaten wird die Judikative durch unabhängige Richter ausgeübt«, schreibt Wikipedia. Bereits hier gebricht es in Deutschland. Richter sind Beamte des Staates, Verfassungsrichter nicht selten Partei- und Kostgänger der Politik. Unabhängige, evidenzbasierte Entscheidungen erwartet man mittlerweile vergebens.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wirft inzwischen auch bisher gültige Rechtsauslegungen über Bord und macht sich zum Handlanger der Legislative. Mit dem Beschluss zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht hat das BVerfG den Rechtsstaat faktisch suspendiert und die Funktion der Grundrechte als Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat umgedeutet zu einer nahezu beliebig dehnbaren Schutzpflicht des Staates gegenüber den Bürgern, die diese nicht dankend ablehnen können.

IMPFAGENDA WIRD IGNORANT WEITERGEFÜHRT

Zum Zeitpunkt der Gesetzgebung hätte man noch wohlwollend annehmen können, dass der mangelnde (Fremd-) Schutz der Impfung nicht hinreichend bekannt gewesen sein mochte und in bester Absicht von dieser falschen Prämisse ausgegangen worden war. Doch bereits dort stellte eine Impfpflicht nicht das mildere Mittel dar und hätte als unangemessen betrachtet werden müssen. Wenn überhaupt, wären Maßnahmen ohne körperlichen Eingriff tolerabel und akzeptabel, die im Gesundheits- und Pflegebereich ohnehin üblich sind. Das BVerfG begründet seinen Beschluss damit, dass Veränderungen des Wissensstandes, die den gesetzgeberischen Einschätzungsspielraum nachträglich hätten beschränken können, nicht vorlägen. Versäumnisse bei der Generierung des Wissensstandes habe es nicht gegeben (Randnummer 170 der Begründung). Zuständig für die Generierung dieses Wissensstandes ist die dem Bundesgesundheitsminister unterstellte Behörde RKI. Doch auch im dritten Jahr der »Pandemie« ist die Datenerhebung desolat.

Lauterbach selbst ersuchte bezüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluierung der Pandemie-Maßnahmen auf Grund fehlender oder mangelhafter Daten um eine Verschiebung der Evaluierung (Berlin direkt, *ZDF*, 22. Mai 2022), die laut Infektionsschutzgesetz bis Ende Juni vorzulegen ist. Ohne Evaluierung steht zu befürchten, dass erneut Maßnahmen für den Herbst beschlossen werden, deren Wirksamkeit unbekannt ist.

Seit dem Wochenbericht vom 24. April 2022 veröffentlicht das RKI auch keine Daten mehr, wer als symptomatisch infiziert gilt. Zuletzt überstieg die Gruppe der »mit Auffrischimpfung« *geboosterten* die Ungeimpften und »grundimmunisierten« mit 105.531 Fällen um mehr als das jeweils Dreifache. Diese Daten seien nicht mehr geeignet, die Wirksamkeit der Impfung zu beurteilen, so das RKI. Die Datenbank zu Impfnebenwirkungen beim Paul-Ehrlich-Institut ist seit kurzem nicht mehr *online* verfügbar.

»Der sehr geringen Wahrscheinlichkeit von gravierenden Folgen einer Impfung steht im Ergebnis die deutlich höhere Wahrscheinlichkeit einer Beschädigung von Leib und Leben vulnerabler Menschen gegenüber« (Rn. 230). Beide Wahrscheinlichkeiten sind nicht evaluiert.

DER STAAT MÖCHTE ÜBER UNSERE KÖRPER VERFÜGEN

Der Staat darf, so die bisherige Lesart des Luftsicherheitsgesetzes von 2005, Menschen nicht zum Schutz von anderen Menschen opfern, denn jeder einzelne Mensch hat eine Würde und darf nicht zum Objekt staatlichen Handelns gemacht werden. Von dieser Rechtsauffassung ist das BVerfG nun fundamental abgewichen. Menschen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sind vor die Wahl gestellt zwischen körperlicher Unversehrtheit und Berufsfreiheit: »dass eine Impfung im ganz extremen Ausnahmefall auch tödlich sein kann« (Rn. 208) nimmt man als zumutbar und mit der Menschenwürde vereinbar in Kauf.

Vom Staat behauptete Gefahren müssen zum Zeitpunkt der Gesetzgebung nicht evident sein oder fortlaufend korrigiert werden. Man mag sich kaum vorstellen, was beispielsweise zur Abwehr einer Klimakatastrophe unternommen werden könnte und weder validiert noch revidiert werden müsste. Aber auch vor banalen Lebensrisiken könnte der Staat die Bürger alsbald »schützen« wollen. Was jetzt noch wie schwarze Pädagogik klingt, könnte bereits in den Schubladen schlummern. Kontrolle und Reglementierung unseres gesamten Lebens: Ernährung, Freizeit, Mobilität, Berufsausübung, Besitz, Meinungsäußerung und natürlich Gesundheit werden offen als Zukunftsvision und »Waffe« gegen den Klimawandel diskutiert. Mit dem Beschluss zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht wurde fast auf das Datum genau zu seinem 73-jährigen Bestehen unser Grundgesetz in den Fundamenten erschüttert, die Würde des Menschen zur Verfügungsmasse erklärt und das Bundesverfassungsgericht durch sich selbst zur Posse degradiert.



Anke Behrend ist TV-Profi, Autorin und Redakteurin dieser Wochenzeitung.

Mit Vollgas gegen die Wand

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Wie sagte schon Franklin Roosevelt: »In der Politik passiert nichts zufällig. Wenn es doch passiert, war es so geplant.« Der Tankrabatt der Ampel floppt, dafür bringt der ÖRR Videos zu Penisentfernungen und Drogen-Sex beim Kinderformat »Die Sendung mit der Maus«, und eine Politikerin spricht zur Haushaltsdebatte im Bundestag Tacheles.



Demonstrantinnen der Demokratiebewegung haben eine Lösung parat. *Foto: Sandra Doornbos*

Die Ampel-Regierung macht Deutschland auf allen Ebenen platt. Das, was seit sechs Monaten vor unser aller Augen passiert, ist die hausgemachte, systematische Zerstörung der ehemals viertgrößten Industrienation der Welt. Wer hätte noch vor ein paar Jahren gedacht, dass wir im Jahr 2022 über Tankrabatte, 9-Euro-Ticktes für das Fußvolk in Bummelbahnen und über Kinder- und Altersarmut sprechen. Hier funktioniert wirklich nichts mehr – außer die systematische Verarmung der eigenen Bevölkerung und das Verteilen deutscher Steuergelder in der Welt.

Wer wundert sich da, dass bei Einführung des Tankrabatts, der den Menschen finanzielle Entlastung bringen soll, zugleich die Preise an der Zapfsäule wieder steigen? Öl-Konzerne machen sich mit Steuergeldern die Taschen voll, während Pendler nicht mehr wissen, ob sich die Fahrt zur Arbeit noch lohnt. Und was sagt Finanzminister Christian Linder (FDP) dazu?

Er schreibt auf dem Nachrichtendienst Twitter: »Energiesteuer soll Sprit teuer machen. Jetzt macht der Markt ihn so teuer, dass der Staat nicht draufsatteln sollte. Es ist richtig, Autofahrerinnen und Pendler zu entlasten. Die Steuersenkung muss jetzt direkt bei ihnen ankommen – so wie in vielen EU-Ländern mit #Tankrabatt.« Wieso kommt Lindner nicht auf die Idee, die ideologische CO2-Steuer einfach abzuschaffen? Wieso gelingt es vielen anderen europäischen Ländern, ihre Bevölkerung vor Verarmung zu schützen, nur in Deutschland nicht? Ich sage es Ihnen: Weil es so gewollt ist.

BEDROHLICHE AGENDA IM KINDERFERNSEHEN

Und wenn die Regierung das eigene Land schon bewusst gegen die Wand fährt, um einer globalen Agenda zu dienen, dann darf die dazugehörige *Woke*-Ideologie zur sexuellen Umerziehung der Kinder natürlich nicht fehlen. Laut Medienberichten hat sich eine Gruppe von Biologen und Medizinern mit dem Programm des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) auseinandergesetzt. Das Ergebnis ist erschreckend: *ARD*, *ZDF* und Co. verfolgten »eine bedrohliche Agenda«.

So schreibt einer der Wissenschaftler: »Das ist kein Journalismus mehr. Es ist nur noch eine Inszenierung von Journalismus. Angefangen von der Wissenschaftsendung Quarks mit Ranga Yogeshwar bis in die zahllosen Social-Media-Kanäle hinein wurde in den von uns betrachteten Sendungen durchgängig die Tatsache geleugnet, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Im gleichen ideologisierenden Zungenschlag liefen in diesen Serien Themen wie ›Pronomen‹, ›Wie ist das, Pornos zu drehen?‹, Drogen-Gruppenanalsex oder verstörende realitätsverzerrende Meinungsmache mit zweifelhaften Zahlen über eine angeblich hasserfüllte, LGBTQ-feindliche Gesellschaft. Wir fragten uns: Wie kann das sein? Warum werden Kinder auf Kanälen indoktriniert und — anstelle einer altersgerechten Sexualaufklärung — aufdringlich sexualisiert?«

WEIDEL RASIERT DIE AMPEL

Und wer die Haushaltsdebatte im Bundestag vergangene Woche verfolgte, der konnte sich wenigstens über einen Beitrag freuen, der den Einheitsbrei der Restparteien sprengte: Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion. Sie sagte: »Die Krise, in der unser Land steckt, ist kein schicksalhaftes Verhängnis. Sie ist politisch gemacht. Inflation, Energieknappheit, explodierende Energiepreise, gestörte Lieferketten, Fachkräftemangel und überlastete Sozialkassen sind die Folge politischer Fehlsteuerungen.« Weidel verweist auf den Kern: Das deutsche Drama ist hausgemacht. Wie lange wollen wir uns die Zerstörung Deutschlands noch gefallen lassen? Nur so viel: Mir reicht's.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Der »nicht erschienene« Angeklagte

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In der vergangenen Woche machte ich mich auf in das schöne niedersächsische Oldenburg. Hier hatte ich einen Fall vor dem Landgericht zu verhandeln, der sich im Wesentlichen um eine Rechtsfrage drehte. Dabei ging es um die absurde Frage, ob einem Angeklagten, der zwar vor der Tür des Amtsgericht stand, aber auf Grund der Maskenpflicht keinen Zutritt erhielt, der Anspruch gemäß § 103 GG auf rechtliches Gehör nach erfolgtem Einspruch gegen einen Strafbefehl verweigert werden darf. Das erstinstanzliche AG Cloppenburg hatte dies bejaht.

Wie so häufig soll ja ein Blick in das Gesetz die Rechtsfindung erleichtern. Und tatsächlich kann ein Einspruch in einer angesetzten Hauptverhandlung gemäß §§ 411, 329 StPO von dem Gericht verworfen werden, wenn denn der Angeklagte »nicht« erscheint. Dem war aber seinerzeit nicht so. Denn der Mandant war pünktlich zum Termin im Mai 2021 erschienen und begehrte Einlass. Er wies die Richterin auf gesundheitliche Probleme hin. Doch weil er kein Attest dabei hatte, wurde ihm der Einlass verwehrt und sein Einspruch dann verworfen.

Vor dem Landgericht führte ich nun zahlreiche rechtliche Argumente und einige OLG-Entscheidungen ins Feld und glaubte im Gegensatz zu der rein »auf Stimmungsmache« argumentierenden Staatsanwältin, die einzig vermutete, dass der Angeklagte das Verfahren seinerzeit habe verzögern wollen, schlichtweg die besseren Karten in der Hand zu halten.

Pustekuchen! Die Berufung wurde von der sogenannten kleinen Strafkammer (zwei Schöffen/ eine Berufsrichterin) abgebügelt. Insbesondere mein Argument einer »ratio legis« der §§ 411, 329 StPO, dass ein Einspruch letztlich nur gegen einen tatsächlich nicht erschienenen Angeklagten verworfen werden kann, weil nur dieser auch tatsächlich kein Interesse an dem Verfahren bekundet, fand kein Gehör im schönen Oldenburg.

Natürlich wird dieses Verfahren sein Ende erst vor dem Oberlandesgericht und gegebenenfalls sogar vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte finden. Denn hier sollte eines klar sein: Der Anspruch auf rechtliches Gehör im Sinne des Artikels 103 GG ist ein Grund- beziehungsweise Menschenrecht.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

MASKENPFLICHT PER HAUSRECHT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

In meiner letzten Kolumne habe ich von einem Beschluss des Verwaltungsgerichts Gießen berichtet, welcher die Maskenpflicht an der Universität Marburg für kurze Zeit aufgehoben hatte. Wenige Tage später änderte die Universität die »Rechtsgrundlage« und begründete die Maskenpflicht, für die es bezüglich Hochschulen im Infektionsschutzgesetz keine Rechtsgrundlage mehr gibt, mit dem Hausrecht.

Das Hausrecht des Universitätspräsidenten sei im Hochschulgesetz vorgesehen und verstoße auch nicht gegen Verfassungsrecht, es liege also eine gesetzlich verankerte Grundlage für den Erlass einer Maskenpflicht vor. Aufgrund der Befristung und der Ausnahmen sei die Regelung auch verhältnismäßig.

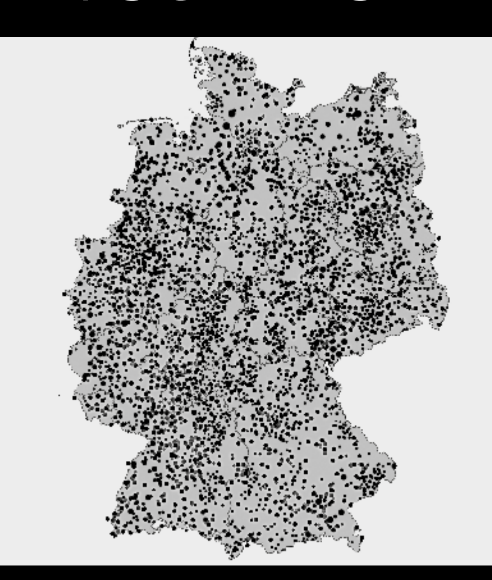
Noch vor drei Jahren hätte niemand mit einer solchen Argumentation sein juristisches Examen bestanden. Heutzutage sind Rechtsbrüche dieser Art an der Tagesordnung. Staatlicher Willkür werden dadurch Tür und Tor geöffnet. Der Bundesgesetzgeber hat in Bezug auf den Infektionsschutz eine Entscheidung getroffen. Die staatlichen Behörden und viele Gerichte ignorieren diese völlig und setzen ihr eigenes »Recht«. Ich frage mich, ob Grundlage dieser Entscheidungen eine Ideologie oder schlicht die Corona-Massenpsychose ist. Inzwischen führen wir diverse Prozesse schlicht zur historischen Dokumentation, um eines Tages aufzeigen zu können, wie es zum annähernden Totalversagen der deutschen Justiz in der Corona-Krise gekommen ist.

Immerhin, besser machte es diesbezüglich das Verwaltungsgericht Sigmaringen, welches die Hausordnung des Tübinger Landgerichts in einem Eilverfahren als rechtswidrig angesehen hat, da dort eine Maskenpflicht angeordnet war. Mangels Ermächtigungsgrundlage, welche seit Anfang April nicht mehr gegeben ist, könne das Landgericht keine Maskenpflicht anordnen.

Seit dem 3. April 2022 muss nur noch in Bussen und Bahnen, Pflegeheimen und Krankenhäusern aufgrund von § 28a Abs. 7 S. 1 Nr. 1 Infektionsschutzgesetz eine Maske getragen werden. Wegen des abschließenden Charakter des Bundesgesetzes und der detaillierten Regelungen in den Corona-Verordnungen ist es nur konsequent, dass das Hausrecht nicht zu vermeintlich gesundheitlichen Zwecken missbraucht wird.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG
ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Marktplatz – APOLDA, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNSTADT, 19 Uhr, am Marktplatz – BAD-BERKA, 18 Uhr, am Goethebrunnen – BAD-LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche – BROTTERODE, 19 Uhr, am Bad-Vibeler-Platz – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – EMMERTHAL, 17 Uhr, am Marktplatz– HILDBURGSHAUSEN, 19 Uhr, an der Wacholderschränke – HOLZMINDEN, 18 Uhr, am Marktplatz – LAATZEN, 18 Uhr, am Rathaus – LUDWIGSLUST, 18 Uhr, Alexandrinenplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OTTERSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – PAPPENBURG, 19 Uhr, Antoniuskirche – PENKUN, 18 Uhr, am Markt – SALZHEMMENDORF, 18 Uhr, an der Kirche – SCHÖNINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – TAUBERBISCHOFSHEIM, 18 Uhr, am Marktplatz – UNTERGRUPPENBACH, 19 Uhr, am Rathaus – WESTERNKAPPELN, 18.30 Uhr, am Kirchplatz – WILGARTSWIESEN, 18 Uhr, am Dorfplatz – ZWEIBRÜCKEN, 18 Uhr, am Rathaus – ZWIEFALTEN, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum	Ort	Art
Sa, 4.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 4.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 4.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.6.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Demo
Sa, 4.6.2022 15:30-20 Uhr	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon
Sa, 4.6.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 4.6.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 4.6.2022 18-20 Uhr	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo
Sa, 4.6.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 4.6.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 4.6.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 4.6.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 4.6.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.6.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Kurt-Masur-Platz	Spaziergang
Sa, 4.6.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 5.6.2022 15.30-18 Uhr	Berlin, Volkspark Humboldhain	GROSSES PICKNICK
So, 5.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 5.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 5.6.2022 17-20 Uhr	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang
So, 5.6.2022 16-18 Uhr	Schweinfurt, Marktplatz	Aufzug
So, 5.6.2022 14-19 Uhr	Solingen, Bahnstr. Am Bahnhofsplatz	Großdemo
Mo, 6.6.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-10.1.2022	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-20:30 Uhr	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 12-14 Uhr	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 6.6.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 17.15-19.15 Uhr	Berlin-Weissensee, Antonplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
Mo, 6.6.202218-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz, Bhf.	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 6.6.2022 18:30-19:30 Uhr	Crailsheim, Volksfestplatz	Montagsspaziergang
Mo, 6.6.2022 17-21 Uhr	Darmstadt, Friedensplatz	Mahnwache
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 17:30-19 Uhr	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18.30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr(	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 6.6.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Horn-Bad Meinberg, Brunnentempel im Kurzpark	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 6.6.2022 18-21 Uhr	Mainz, Ernst Ludwig	Schilderlauf
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-21 Uhr	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Oettingen, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 6.6.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Papenburg, Antoniuskirche	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.6.202218-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 6.6.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 6.6.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Mo, 6.6.2022 18-19:30 Uhr	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo
Di, 7.6.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Plat, Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 7.6.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 7.6.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 7.6.2022 18-19 Uhr	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang
Di, 7.6.2022 18-19 Uhr	Vechelde, Rathaus	Spaziergang
Di, 7.6.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Mi, 8.6.2022 19-21 Uhr	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang
Mi, 8.6.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 8.6.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 8.6.2022 18-20 Uhr	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang
Mi, 8.6.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 8.6.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 8.6.2022 17:30-20 Uhr	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen
Mi, 8.6.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 8.6.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 8.6.2022 17:30-19 Uhr	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Spaziergang
Do, 9.6.2022 16-18 Uhr	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Nachbarschaftsdialog
Do, 9.6.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 9.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 9.6.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 9.6.2022 18-19 Uhr	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung
Fr, 10.6.2022 16-19 Uhr	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache
Fr, 10.6.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 11.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.6.2022 14-18 Uhr	BERLIN, MAUERPARK	FRIEDENSFEST
Sa, 11.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo
Sa, 11.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.6.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 11.6.2022 14-17 Uhr	Fulda, Universitätsplatz	Demo
Sa, 11.6.2022 18-20 Uhr	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo
Sa, 11.6.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 11.6.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz Opernseite	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 11.6.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
Sa, 12.6.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
Sa, 12.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 12.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 12.6.2022 17-20 Uhr	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang
So, 17.06.2022 11-20 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Umzug
So, 18.6.2022 15.30-20 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demo + Aufzug
So, 18.6.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Kurt-Masur-Platz	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.6.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz am Mendebrunnen	Spaziergang
So, 26.6.2022 14-20 Uhr	Frankfurt, Grüneburgpark	GROSSDEMO
Do, 2.7.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 13-20 Uhr	Berlin	GROSSDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



POLIZIST MIT ZIVILCOURAGE

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Die Nationalsozialisten hatten die Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 so vorbereitet, dass Schlägertrupps jüdische Geschäfte, Gotteshäuser und andere Einrichtungen in Brand setzten. Der Berliner Polizeipräsident Wolf-Heinrich Graf von Helldorf wies die Polizisten an, den »spontanen Volkszorn« nicht zu behindern.

Zudem sollten keine Streifentätigkeiten in der Nähe von Synagogen vorgenommen werden. Die Feuerwehr erhielt den Befehl, jüdische Objekte, sollten sie brennen, nicht zu löschen. Ein Eingreifen wäre nur dann erforderlich, wenn »deutsches Gut« in Gefahr geraten würde.

Wilhelm Krützfeld, Reviervorsteher des Polizeireviers 16, in dessen Bereich die Neue Synagoge lag, ließ in dieser Nacht seine Polizisten dennoch Streife laufen.

Er erhielt nachts die Nachricht, dass das Gotteshaus von »Unbekannten« angezündet wird. Er fuhr zu seinem Revier, nahm sich einige Beamte (benannt sind die Polizisten Steuck, Trischak, Belgard und Prohaska) zur Verstärkung mit und eilte zur Synagoge.

Die Feuerwehr wurde mit zum Einsatzort gerufen. Dort berief sich Krützfeld auf eine Denkmalschutzverordnung aus der Zeit von Kaiser Wilhelm I., die die Neue Synagoge unter den Schutz des Staates stellte. Mit dem Schriftstück in der einen und der Waffe in der anderen Hand vertrieben die Polizisten die aufgeputschte Horde. Es gelang größeren Schaden von dem Bauwerk abzuwenden.

Am nächsten Tag musste sich Krützfeld beim Polizeipräsidenten melden. Er machte dem Reviervorsteher wegen seines Verhaltens Vorhaltungen. Krützfeld wurde gemaßregelt, weil dieser »den gesunden Volkswillen« unterdrückt habe.

Nach seiner Militärdienstzeit schlug Wilhelm Krützfeld (1880 – 1953) die Laufbahn eines preußischen Schutzpolizisten in der Reichshauptstadt ein. Mit Fleiß und Pflichtentreue schaffte er es bis zum Dienstrang des Polizeioberleutnants. 1992 erhielt Krützfeld vom Berliner Senat ein Ehrengrab. Am 9. November 1993 benannte das Land Schleswig-Holstein seine Landespolizeischule nach ihm.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

DIE VERSCHNAUFPAUSE IST VORBEI

Nach einem Monat Erholungszeit sind die Planungen der Großdemonstrationen in vollem Gang.

Von Hendrik Sodenkamp

Viele Demonstrationen erhalten wieder massiven Zulauf. Für die Sommermonate sind zusätzlich eine Vielzahl von zentralen Großdemonstrationen geplant. Die Forderungen Frieden, Freiheit, Demokratie sind für immer mehr Menschen dringlicher denn je.

Unsere Herrschaften hatten es sich so schon ausgemalt: Erst logen sie 2020 die »größte Herausforderung seit dem zweiten Weltkrieg« herbei, verwandelten das Land in ein Freiluftgefängnis, maßregelten die Insassen und prügelten auf Demokraten ein, dann riefen sie 2022 die »Zeitenwende« aus, um mit der gleichgeschalteten Masse in den großen Krieg nach Osten zu ziehen. Doch die Rechnung ging nicht auf: In Deutschland, Europa und der Welt hat sich die größte Demokratie- und Friedensbewegung der Geschichte gebildet. Eine Bewegung, die sich ihrer Kraft noch nicht bewusst zu sein scheint.

Wie viel berechtigte Angst die Machthaber schon jetzt vor der Demokratiebewegung haben, lässt sich an der frenetischen Verfolgung Oppositioneller ablesen (siehe unten). Dr. Daniel Langhans wurde auf der Demonstration am 14. Mai 2022 in Hannover von der offenen Bühne abgeführt, weil er es wagte die deutschen Machthaber zu kritisieren und dabei herzliche Zeichen der Versöhnung zwischen Russland, der Ukraine und Deutschland aussendete.

Auch im Westen nicht Neues: Wie im Jahr 1832 verboten die Tyrannen eine demokratische Demonstration auf dem Hambacher Schloss. Stattdessen veranstalteten sie eine barocke Jubelfeier zu ihren eigenen Ehren. Doch wie damals ließen sich die Demokraten nicht vertreiben. Sie kamen am 28. Mai 2022 zusammen und wollten sich aufwieglerisch unter die einberufenen Claqueure mischen. Doch außer ihnen war niemand da (siehe Foto rechts).

GROSSDEMONSTRATIONEN IN MONATATSSCHRITTEN

Am 25. Juni 2022 versammeln sich die demokratisch gestimmten Europäer in Frankfurt am Main, um angesichts des stählernen Zentralbank-Zwingturms eine faire, demokratische und menschenrechtskonforme Geldpolitik auszurufen (siehe unten).

Am 30. Juli 2022 erheben sich die deutschen Freunde der Verfassung erneut in Millionenzahl in Berlin für das Ende des Notstands-Regimes, des Impfzwangs und der Corona-Lüge, die Aufarbeitung der Morde und weiterer Verbrechen gegen die Menschheit. Und für die basisdemokratische Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Am 20. des Augusts 2022 ehrt die Demokratiebewegung den Nürnberger Kodex zu dessen 73. Geburtstag mit einer Großdemonstration, die von der weltweit bekannten und nachgeahmten Vereinigung »Ärzte für Aufklärung« organisiert wird. Die Versammlung findet passenderweise in Nürnberg statt. Weitere Großdemonstrationen werden neben den unzähligen kleineren und mittleren dezentralen Demonstrationen folgen. Mit dem 9-Euro-Ticket, mit dem nun jeder deutschlandweit reisen kann, hat sich die Regierung zusätzlich ein Eigentor geschossen. Wir planen mit einem historisch ereignisreichen Sommer.



Die Riesendemo am Hambacher Schloss am 28. Mai 2022. *Foto: Marc Bernot*



Foto: Steve Schramm

AUFRECHTER DEMOKRAT:

Karsten Wappler am 1. Juni 2022 im Amtsgericht Tiergarten zu seinem mittlerweile vierten Verhandlungstag. Die Vorwürfe: Körperverletzung einer Polizeibeamtin und Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie Fälschung eines Maskenattests. Karsten Wappler war am Tag der Abstimmung zum Infektionsschutzgesetz am 18. November 2022 von der Berliner Polizei angegriffen und abgeführt worden. Eine Beamtin behauptete daraufhin Karsten Wappler hätte sie schwer an der Hand verletzt. Wappler konnte per Video beweisen, dass die Beamtin vor Gericht Meineid geleistet hatte und den angeführten Verband bereits vor dem Treffen mit ihm gehabt hatte. Der Prozesstag verlief grotesk: Weder das inkriminierte Attest, ausgestellt vom Arzt Dr. Walter Weber, noch ein weiteres Attest einer anderen Ärztin wurde vom Richter anerkannt. Karsten Wappler musste den Gerichtssaal verlassen. Davor heitere Stimmung der anwesenden Demokraten, die ebenfalls ohne Maske den Gerichtssaal räumen mussten. Für die Verhandlung des haltlosen Vorwurfs wurde ein fünfter Verhandlungstag am 22. Juni 2022 angesetzt. Ziel der Behörden scheint zu sein, über das Maskenattest von Karsten Wappler auch den oppositionellen Arzt Dr. Walter Weber vom Verband Ärzte für Aufklärung ins Visier zu nehmen. (hes)

Demokratie statt Zentralbank

Europäische Demokraten organisieren Versammlung im Frankfurter Bankenviertel. | INTERVIEW mit der hessischen Organisatorin Ingrid.

DW: Könnten Sie sich einmal kurz vorstellen?
Ich bin Ingrid und komme aus Frankfurt. Ich habe in den letzten Jahren viele Versammlungen der Demokratiebewegung durchgeführt und dort auch Reden gehalten. Nun bin ich Mitorganisatorin der europäischen Großdemonstration in Frankfurt am Main am 25. Juni 2022.

Was ist dort genau geplant?
An diesem Tag werden wir gemeinsam mit der Initiative »EuropeansUnited« des belgischen Demokraten Tom Meert eine europäische Großdemonstration in Frankfurt abhalten. Wir gehen von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen Menschen aus, die aus 21 europäischen Ländern nach Frankfurt kommen werden.

Welche Demonstrationen hat die Initiative EuropeansUnited denn bereits gemacht?
Die Initiative hat in Brüssel, in Frankreich und in den Niederlanden Demonstrationen organisiert. Jetzt ist in Frankfurt die erste Demonstration in Deutschland geplant. Nach und nach will EuropeansUnited in allen 21 europäischen Ländern einen sogenannten »Million March«, einen Marsch der Millionen, abhalten.

Warum gerade Frankfurt?
Weil es der Sitz der undemokratischen Europäischen Zentralbank ist. Der Initiative EuropeansUnited geht es vor allem um die Wiederbelebung der Demokratie. Nach langen Diskussionen wurde sich deshalb gegen Berlin und für Frankfurt entschieden.

Was sind die Forderungen?
Es geht um die Wiedereinhaltung von Menschenrechten, das Festhalten an Verfassungen und um Demokratie auf dem europäischen Kontinent.

Wie wird die Demonstration am 25. Juni ablaufen?
Die Demonstration startet um 14 Uhr im Grüneburgpark, der im zentralen und noblen Stadtteil Westend liegt. Unser Plan ist es dann, durch die Innenstadt zu ziehen, damit es möglichst viele Menschen mitbekommen. Die Route wird zur Zeit noch mit der Polizei ausgehandelt.

Wo kommt man an die notwendigen Informationen?
Diese findet man auf der Internetseite *www.europeansunited.eu* oder auch auf dem Kanal »Protest Hessen« im Telefonprogramm Telegram. Dort veröffentlichen wir auch Informationen dazu, wie man am Besten anreist und wie der Stand der Dinge ist. Bei der letzten Demo in Brüssel kamen wohl rund eine Million Demokraten. Deshalb planen wir in Frankfurt mit wirklich sehr vielen Menschen.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Westfälisches Blut und afrikanische Rhythmen

Oder »Wir transportieren Energie und Lebensfreude« | Von Hannes Henkelmann

In Hattingen spreche mit ich Hans über seine Zeit des Erwachens und die Wiederentdeckung einer alten Leidenschaft.


Hans trommelt Woche für Woche den Widerstand zusammen. Foto: Hannes Henkelmann

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Mein Name ist Hans. Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Vor einem halben Jahr haben sich die »Freiheitstrommeln Bochum« auf meine Initiative hin gegründet.

Wie sind Sie zu diesem Hobby gekommen?
Eigentlich wollte ich ursprünglich nur mal afrikanisch kochen lernen, bin dann aber über einen Lehrer aus Senegal beim Afro-Trommeln gelandet. Genauer gesagt bei den Yembe-Trommeln. Das war meine Einstiegsdroge. Später habe ich mich noch an den Congas probiert, aber die afrikanischen Rhythmen und die Lebensfreude der Senegalesen habe ich vermisst.

Harmonieren denn westfälisches Blut und afrikanische Rhythmen?
Eine berechtigte Frage. Wenn man den Dreh einmal raus hat, dann harmoniert es gut. Ich habe lange Zeit gebraucht, um beim Rhythmus das *Timing* einigermaßen zu halten. Früher trieb mich der Rhythmus manchmal so an, dass ich mich vergaloppierte. Einige Zuhörer behaupteten, man müsste mich anketten. Das Ausprobieren verschiedener Stilrichtungen und Trommelinstrumente war dann doch sehr ermüdend. Und die Trommellehrer konnten es mir einfach nicht recht machen. Wobei: Vielleicht war es auch umgekehrt. Irgendwann habe ich die Suche nach der perfekten Stilrichtung drangegeben. Zudem ließen mir berufliche Veränderungen nur noch wenig Zeit für mein Hobby. So verlor ich das Trommeln aus den Augen, und meine Instrumente verstaubten auf dem Dachboden. Bis Corona kam.

Dann sind Sie wieder auf den Dachboden gestiegen?
Ja. Aber eins nach dem anderen. Nun, ich hatte gerade einen außerordentlichen grippalen Infekt überstanden, als mir eine Bekannte ein Interview von Wolfgang Wodarg mit Frau Preradovic schickte. Und genau mit diesem Interview begann mein Aufwachprozess. Danach ging ich zu den ersten Demos in meinem Leben (1. August 2020 und 29. August 2020 in Berlin), und viele weitere sollten folgen. Zwischendurch fragte ich mich kopfschüttelnd, wie ich die ganze Zeit nur so ahnungslos durch die Welt gehen konnte. Dann kam erst Querdenken Bochum und später die Partei dieBasis und schließlich die Trommelgruppe.

Was war Ihr Impuls, die Gruppe ins Leben zu rufen?
Mitte 2021 schien der Bewegung gefühlt ein bisschen die Luft auszugehen. Da dachte ich, dass es noch mal etwas Besonderes braucht, um die Menschen zu begeistern und ihnen neuen Mut und Kraft zu geben. Da erinnerte ich mich an die ungeheure Triebkraft der Trommelrhythmen auf den Demos in Berlin und Stuttgart und daran, dass man die Trommler schon früher voran auf das Schlachtfeld marschieren ließ. So wurde die Idee geboren, eine eigene Trommelgruppe zu gründen.

Da ich ein allgemeingültiges neues *Label* wollte, ließ ich das Wort Querdenken weg, und weil ich auch nicht gendern wollte, nannte ich die Gruppe »Freiheitstrommeln Bochum«. Die Idee zu unseren Steam Punk-Outfits ist ebenfalls in der Gruppe geboren worden. Anlass dazu war mein altes Piratenkostüm von einem unserer ersten Trommelaktionen. Unsere Stilrichtung ergab sich einfach daraus, dass ich schon immer mal Samba trommeln wollte, jetzt ergab sich endlich die Gelegenheit dazu.

Musste man viel Talent mitbringen oder reichte ein wenig Taktgefühl, um bei Ihnen mitzumachen?
Die meisten von uns hatten kaum bis gar keine Erfahrungen mit Trommeln, ergo würde ich sagen, es reichte ein gewisses Maß an Taktgefühl. Zudem haben wir während des *Lockdowns* einmal eine professionelle Samba-Trommellehrerin engagiert, die an einem geheimen Ort einen konspirativen Workshop für zwei Grund-Rhythmen gegeben hat.

Wie ist die Resonanz?
Die Menschen auf den Demos sind begeistert, und wir sind es auch. Für mich ist es das Größte, die Demoteilnehmer strahlen zu sehen. Manchmal fangen einige Menschen sogar an zu tanzen. Wir transportieren Energie und Lebensfreude. Inzwischen zählen wir 20 Freiheitstrommler zur Kerntruppe und auf allen Demos haben wir unzählige Begleiter, die uns mit ihren Trommeln unterstützen. Unsere Rhythmen sind sehr einfach und eingängig, daher kommt man schnell zu einem positiven Erlebnis. Wir träumen alle von einem Aufzug in Berlin, zusammen mit allen Musikern der 1.000 Trommeln Community. Der Probelauf dazu wird wahrscheinlich der 25. Juni 22 bei der »EuropeansUnited«-Demo in Frankfurt sein.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

GELUNGENE DW-GALA IN HAMBURG

Auf diesem Wege möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung zum Gala-Abend in der Großen Freiheit 36 bedanken. Sie haben sehr viel geleistet, viele Menschen aufgeklärt, sie gewarnt oder auch ermutigt. Dieses einmal in einem feierlichen Rahmen Revue passieren zu lassen, war eine sehr gute Idee. Und es war mir nicht nur ein Vergnügen, sondern auch eine Ehre, dass ich dabei sein durfte. Der Demokratische Widerstand begleitet mich ebenso lange wie dieBasis. Zwei Jahre sind eine lange Zeit, aber doch nicht ausreichend lang, um alles erreicht zu haben. Es kostet Kraft und Zuversicht, da hilft es enorm zu wissen, dass man nicht allein dasteht. Danke für Ihren Einsatz.
– Andrea Henning, stellvertretende Bundesschatzmeisterin und Direktkandidatin für dieBasis

ZU »ZWISCHEN BYTES UND BIBEL« IN DW N° 90

In dem Interview wird behauptet: »Die Bibel ist zigmal geändert worden.« Uralte Schriftrollen beweisen, dass die Bibel nicht geändert wurde! Zu Offenbarungen: Allein im Buch Daniel sind viele Voraussagen, die viele Jahre später auch genauso eingetroffen sind. Wenn Herr Sander so gut recherchiert wie in dem Artikel behauptet, sollte er mal mit der Bibel anfangen.
– Henning H.

ZU »FREIHEIT STATT BLUMEN« IN DW N° 90

Woher weiß Frau Behrend, dass kein Mann auch nur im Ansatz die Situation einer Frau bezüglich der Rechtsabwägung nachvollziehen kann? Eine Hypothese, die vermutlich darauf abzielt, Männern bei diesem Thema das Mitspracherecht zu verwehren. Ein Nein zur Impfpflicht ist kein Widerspruch zu einem Nein zur freien Abtreibungsentscheidung. Solche Nebelkerzen verschleiern nur den Blick auf die Kernfrage des Themas: Ist mit dem Verschmelzen von Spermium und Ei ein neues Leben entstanden? Wer dem ungeborenen Leben einen niedrigeren Wert zugesteht als dem geborenen Leben, beansprucht für sich das Recht zur Entscheidung über Leben und Tod.
– Holger W., Binsdorf

Der Artikel kommt sehr einseitig und polemisch daher, schon im Untertitel wird die Abtreibung mit der Impfung auf eine Ebene gestellt. Schwangerschaft ist keine Krankheit! Die Gesetzmäßigkeiten von Zeugung und Empfängnis sind hinlänglich bekannt, so dass hier jeder seine Vorkehrungen treffen kann. Vor lauter Polemik wird der eigentliche Kern der Abtreibungsfrage nur gestreift: Die Entscheidung über das Leben eines ungeborenen Menschen.
– Berthold L., Esslingen am Neckar

ZU »MUSIK GEHT ANDERS« IN DW N° 90

Ich bin begeistert von Hendrik Sodenkamps Artikel über das unsägliche U2 Event. Ich habe den Text ins Handy gesprochen und an alle geschickt, die ich kenne. Auf den Punkt. Danke, Gruß
– Thomas S.



Friedrich Merz: Im Auftrag des US-Finanzkapitalismus soll er die Reste des deutschen Sozialstaats abwickeln.

Der Insolvenzverwalter der Demokratie

Aus der jetzigen katastrophalen Ampel-Regierung soll der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz als »starker Mann« und Messias uns aus tiefer Not führen. | Von Hermann Ploppa

Der neue starke Mann der CDU: Friedrich Merz fährt im Schlafwagen aus Deutschland in die kriegsgeplagte Ukraine. Er berichtet seiner Twitter-Fangemeinde: »Es ist schön, in diesem Land zu sein. Alles sicher, alles gut, und die ukrainischen Behörden sind äußerst kooperativ.« Natürlich trifft unser Merz auch Wolodomyr Selenskyj: »Das Gespräch war atmosphärisch und inhaltlich außergewöhnlich gut.« Mehr brauchen wir für heute nicht zu wissen. Oppositionsführer Merz als Staatsmann.

Natürlich hat er sich im Vorfeld mit dem noch amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz abgestimmt. Weniger staatsmännisch greift Merz dann zwei Wochen später Titelverteidiger Scholz frontal an. Merz ist wütend. Denn Scholz liefert nicht schnell genug schweres Geschütz an die lodernde Ostfront: »Es gibt ganz offensichtlich in der Bundesregierung Verzögerungsstrategien, zumindest eine Verzögerungstaktik.« Ein »Herumschwurbeln um die Themen« – das sei der Sache einfach nicht angemessen. Es gibt bereits »öffentliche Beschwerden von Rüstungsunternehmen«. Und Herr Scholz soll doch endlich mal selber nach Kiew fahren.

Da spricht ER, der marktradikale Erlöser aus Brilon im Hochsauerlandkreis. Friedrich Merz wird kurzen Prozess machen mit den kärglichen Resten des Sozialstaats. Mit dem Gemeinwohl. Mit dem Nationalstaat als letztem Großorganismus, der den unersättlichen Globalkonzernen noch Paroli bieten könnte. Dieser Aufwasch des öffentlichen Raums ist schon lange eingefädelt. Und es fehlt eben nur noch einer wie Friedrich Merz, um dafür die Galionsfigur abzugeben. Dabei wollten die Mitglieder der CDU diesen Merz eigentlich ums Verrecken nicht haben. Als Merz 2018 CDU-Vorsitzender werden wollte, gaben die Christdemokraten demonstrativ dem politischen Leichtgewicht Kramp-Karrenbauer den Vorzug. Und 2020 hauten die CDU-Mitglieder dem Friedrich Merz den laschen Laschet um die Ohren. Doch 2021 mussten sie den Merz dann doch notgedrungen wählen. Die beiden *Nobodies* Röttgen und der ebenso beliebte wie beleibte Helge Braun: das wäre einem politischen Selbstmord gleichgekommen.

IM AUFTRAG DER US-OLIGARCHEN

Die Schluckbeschwerden der christdemokratischen Basis erklären sich daraus, dass Merz allzu ungeniert die Interessen der verhassten Superreichen vertritt. Nicht nur, dass Merz zwei flotte Privatjets sein Eigentum nennen darf. Das ginge ja vielleicht noch an. Aber Friedrich Merz war von 2016 bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock Deutschland. Lange Zeit konnte die größte Vermögensverwaltungsgesellschaft der Welt unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit agieren (Seite 10). Doch seit etwa einem halben Jahrzehnt ist nun Blackrock Synonym für Volksenteignung und skrupellose Reichtumsvermehrung der sowieso schon Superreichen dieser Welt.

Friedrich Merz war 2002 von seiner Rivalin Angela Merkel aus der Politik gemobbt worden. Seitdem vertrat Merz von 2009 bis 2020 die Interessen der US-amerikanischen Oligarchen in Deutschland als Präsident der Atlantikbrücke. Während jedoch die Atlantikbrücke soziale Kontakte stiftet, sorgt die Rechtsanwaltskanzlei Mayer Brown unter anderem für die Abwicklung der Privatisierung öffentlichen Eigentums in private Konzernhände. Merz stieg bei der Kanzlei ein und wurde dort Miteigentümer. Die Reste des deutschen Kohlebergbaus waren in der Ruhrkohle AG vereinigt worden. Merz und seine Freunde besorgten den lukrativen Gang an die Börse und die nachfolgende Umwandlung der RAG in das Konglomerat Evonik. Als Sozius von Mayer Brown begleitete Merz den Verkauf der einstmals dem Volk gehörenden West Landesbank (WestLB) an private Investoren. Diese Enteignung durch Mayer Brown wurde vom Land Nordrhein-Westfalen mit elf Millionen Euro Steuergeldern als Honorar an eben diese Kanzlei verzuckert. Merz bekam dabei 5.000 Euro Honorar pro Tag und war nach dieser Volksenteignung um 1,9 Millionen Euro reicher. Auch an der Privatisierung des Flughafens Köln-Bonn war Merz als Aufsichtsratsvorsitzender beteiligt, als er den bisherigen Geschäftsführer kurzerhand feuerte. Friedrich Merz war nämlich im Jahre 2017 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Laschet zum hochdotierten Chefberater für die Folgen des Brexit für das große Bundesland ernannt worden. Dabei wurde dann auch noch die effiziente und unbestechliche Wuppertaler Behörde für Steuerfahndung mal eben ersatzlos aufgelöst.

Zweifelsohne war Merz für Blackrock eine nützliche Anschaffung. Denn die Tagesschau weiß zu berichten: »Spätestens seit 2018 stand Merz für Blackrock dann auch regelmäßig in Kontakt mit der Spitze des Bundesfinanzministeriums, führte dort auch gemeinsam mit Konzernchef Fink Gespräche zu aktuellen Finanzmarktfragen.« Finanzminister war damals Olaf Scholz. Dazu muss man wissen, dass schon seit den Zeiten von Kanzler Schröder Banken und Konzerne eigene Mitarbeiter im Finanzministerium implantieren, die Gesetze im Sinne ihrer privaten Brötchengeber schreiben, die dann von Parlament und Ministerialbürokratie eins zu eins abgenickt werden.

SOZIALSTAAT SOLL KOMPLETT ABGESCHAFFT WERDEN

Friedrich Merz macht ja auch weiß Gott aus seinem Herzen keine Mördergrube. In zahlreichen Interviews und Büchern hat er seine marktradikale Programmatik immer wieder ungeniert kundgetan. Kostproben gefällig? »Die Gewerkschaften müssen sich aus den Betrieben spürbar zurückziehen.« Soll heißen: keine Tarifverträge. Mitbestimmung ist Igitt; »Fremdbestimmung«, »Sumpf«: »Wenn man einen Sumpf austrocknen will, darf man nicht die Frösche fragen.« Mindestlohn gehört ebenso abgeschafft wie der gesetzliche Kündigungsschutz. Stattdessen Verlängerung der Arbeitswoche auf 42 Stunden. Und diese viel zu hohe Sozialhilfe kann man ruhig auf einen Betrag von 132 Euro absenken. Das muss reichen.

Der Spitzensteuersatz muss deutlich unter 40 Prozent gesenkt werden. Der Staat muss aus dem »Würgegriff der Sozialausgaben« befreit werden. Statt öffentlich-rechtlicher Rente möchte Merz gerne die »aktienbasierte Altersvorsorge« sehen, möglichst im Portfolio von Blackrock. Gesetzliche Krankenversicherungen sollen höchstens noch eine »Basisversorgung« liefern. Wozu brauchen Sie eigentlich öffentlich finanzierten Zahnersatz? Und wer studieren will, soll gefälligst eine Privat-Uni nach amerikanischem Vorbild besuchen, mit mindestens 1.000 Euro Studiengebühren im Jahr. Ja, und gegen China und Russland müssen wir natürlich ganz tüchtig aufrüsten.

Womit sich der Kreis wieder schließt. Spätestens seit Corona-Kampagne und Ukraine-Krieg hat sich die Schere zwischen arm und reich noch viel weiter aufgetan. Der Staat ist in dieser Zeit massiv weiter in den Bankrott getrieben worden. Es fehlt jetzt nur noch der Messias, der die Menschen für ihre eigene Entmündigung und Enteignung bereit macht. Der die Insolvenz des Staates mithilfe von Mayer Brown und von Blackrock konsequent und kompetent begleitet.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

US-REGIERUNG BEREITET FINANZ-ZUSAMMENBRUCH VOR

Washington/DW. Die US-Finanzministerin Janet Yellen kündigt steigende Inflation an. Gegenüber dem US-Sender *CNN* meinte sie am 31. Mai 2022, sie habe die Auswirkungen von hohen Energiepreisen und des Zusammenbruchs internationaler Lieferketten unterschätzt. Ein Kollaps des US-Finanzmarktkapitalismus zeichnete sich bereits Ende 2019, also vor Corona und Ukraine-Krieg ab. Zuletzt betrug die Inflationsrate in den Vereinigten Staaten 8,3 Prozent. Ein Übergriff des US-Kollaps auf die Bundesrepublik ist bereits zu beobachten. (hes)

KONZERNHERRSCHAFT UNTERDRÜCKT VOLKSWILLEN

Berlin/DW. Die Regierung der Stadt Berlin baut den Druck auf die Organisatoren des erfolgreichen Berliner Volksentscheids zur Wohnungsfrage auf. So setzte der für seine Brutalität bekannte Berliner Bausenator Andreas Geisel (SPD) die ehemalige Bundesjustizministern mit dem lautmalerischen Namen Herta Däubler-Gmelin (SPD) als Vorsitzende einer Kommission ein, um den Willen der Berliner Bevölkerung zu verhindern. Am 26. September 2022 hatten sich 57,6 Prozent der Wähler für die Enteignung großer Wohnungskonzerne ausgesprochen. Mit einer Wahlbeteiligung von rund 75 Prozent nahmen circa 1,8 Millionen Berliner an der Abstimmung teil. (hes)

WONUNGSKONZERN KÜNDIGT JÄHRLICHE MIETERHÖHUNG AN

Berlin/DW. Der Chef des Mietwohnungskonzerns Vonovia, Rolf Buch, verkündete am 1. Juni 2022 im *Handelsblatt*, dass auf sämtliche Mieter in Deutschland massive Mietzinserhöhungen zukommen werden. Er argumentiert damit, dass alles andere auch teurer werde sodass es ungerecht sei, wenn die Mieten nicht auch steigen würden. Wörtlich sagte er: »Wenn die Inflation dauerhaft bei vier Prozent liegt, müssen auch die Mieten künftig jährlich dementsprechend ansteigen.« Vonovia beitzt in Deutschland mehr als 400.000, um die eine Millionen Menschen leben, die für den Konzern arbeiten gehen. Groß wurde der Konzern, indem er Eisenbahnerwohnungen zu einem Spottpreis aus der öffentlichen Hand erwarb. (hes)

TAGESSCHAU VERSPOTTET SEINE ZUSCHAUER

Berlin/DW. In einer Meldung vom 28. Mai 2022 preist das regierungsnahe Veröffentlungsorgan *Tagesschau* den Kauf von Bunkern als eine »wirklich krisenfeste Investition an«. »Während oben Tornados und Panzergruppen das Eigenheim niederwalzen, sitzt die Familie gut geschützt und glücklich tief unter der heimischen Grasnarbem«, meint die öffentlich-rechtlich Nachrichtensendung im zynischen Ton. Weiters wird auf die Möglichkeit hingewiesen, dass in Tschechien derzeit Bunker verkauft werden. (hes)

Das schwarze Loch, in dem alles verschwindet

Great Reset. Entmachtung und Entkernung der Staaten. Massenverelendung. Ein gigantisches Kartell vernichtet alles. | Von Hermann Ploppa

Kann man sich überhaupt ein Bild machen von der unglaublichen Machtfülle der modernen Vermögensverwalter? Vor kurzem kannte kaum jemand den Namen Blackrock. Doch jetzt sickert so manches durch. Unser Blick fällt auf die Superreichen wie Elon Musk oder Jeff Bezos. Oder auf Bill Gates. Ja, aber Reichtum alleine erzeugt noch keine Macht. Erst die Vernetzung und die intelligente Organisation von Reichtum bringt Macht. Erst wenn die Superreichen ihr Geld durch schlaue Vermögensverwalter für sich arbeiten lassen, dann geht die Post ab. Und Blackrock sorgt für die intelligente Vernetzung der Gelder.

Politiker, Medien, Wissenschaftler werden gekauft, um die Reichen noch reicher zu machen. Die größten Vermögensverwaltungsfirmen, an ihrer Spitze Blackrock, Vanguard oder State Street, verwalten zusammen ein Vermögen von 21,5 Billionen Dollar! Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands betrug im Jahre 2020 3,4 Billionen Dollar. Während Sie diese Zeilen lesen, dürfte sich allein Blackrock auf die Zehn-Billionen-Grenze zubewegen. Dieser Gigant ist Miteigentümer von 18.000 großen Konzernen.

Früher waren es private Bankhäuser, die den Lauf der Geschichte bestimmt haben. Aber nach dem *Crash* von 2008 hat der Gesetzgeber den Banken gewisse Regulierungen auferlegt. In dieser Situation avancierte Blackrock-Chef Lawrence »Larry« Fink zu Präsident Obamas Chefberater. Werner Rügemer, Autor des Buches »Enteignet Blackrock!«: »*BlackRock* wurde zum größten *Insider* der US-Finanzwirtschaft und konnte sich aus den Resten der insolventen Banken und Vermögensverwalter die schönsten Teile heraussuchen.« Es war also auch bei der Entwicklung von Blackrock und seinen Artgenossen eine gute Portion »Vitamin B« mit im Spiel. Blackrock ist heute Berater der europäischen Zentralbank und berät die Europäische Kommission in Fragen des Umweltschutzes, im Sozialbereich und im Bereich guter Regierungskunst. Larry Fink war sogar Berater von Präsident Donald Trump. Der Regierung Joe Biden gehören derweil bereits sieben Blackrock-Leute an.

DER FINANZADEL SICHERT SEINE MACHT AB

Blackrock kann man sich nur anvertrauen, wenn man mindestens ein Vermögen von 50 Millionen Dollar sein Eigen nennt. Für das einfache Volk hält der moderne Moloch dagegen nur hochriskante ETF-Aktien bereit. Es geht indes einzig und allein um die maximale Vergrößerung des Vermögens der Superreichen. Das hat zur Folge, dass die Kapitalkonzentration sich in den letzten Jahren extrem beschleunigt hat und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht.

Die Verklumpung rund um Blackrock ist ein derart aggressives Kartell, dem die Nationalstaaten, selbst wenn sie den Willen dazu hätten, kaum noch etwas entgegensetzen können. Und wo ein Kartell sich durchsetzt, fehlen die Konkurrenz und damit eben auch der Druck zu gesellschaftlichem Fortschritt und Innovation. Die Welt wird heute einfach nur noch verbraucht. Dazu Rügemer: »Blackrock & Co kaufen in der EU die vorhandene wirtschaftliche Substanz und verwerten sie.« Die ganze Welt ist nur noch dazu da, den Reichtum der wenigen Erwählten zu steigern. Die Macht ballt sich dabei mithilfe von Blackrock derart zusammen, dass aufgrund der Machtfülle alle Hemmnisse fallen, nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern auch Menschen unbegrenzt zu verwerten.

Der *Great Reset* des World Economic Forum (WEF) ist der ganz große Entwurf dieser hemmungslosen Kapitalkonzentration. Nationalstaaten, Familien, Kulturen und Sprachen geraten gnadenlos in den Schredder. Der Kapitalismus ist am Ziel. Er nähert sich mit Siebenmeilenstiefeln seiner schrecklichen letzten Konsequenz. Weil sich keiner mehr in den Weg stellt. So scheint es.



Neue Weltordnung à la Schwab? Demokrat sagt »Nein!« Foto: Georgi Belickin

Was wird aus der Ölraffinerie in Schwedt?

Die Anlage an der Oder versorgt Deutschland mit russischem Öl. Wenn die Druschba-Pipeline geschlossen wird, was soll denn dann in Schwedt verarbeitet werden? | Von Hermann Ploppa

Die Mitarbeiter der PCK-Erdölraffinerie in Schwedt an der Oder, direkt an der Grenze zu Polen, sind besorgt um ihre Zukunft. Da ja die Europäische Union beschlossen hat, als Strafmaßnahme gegen die russische Intervention in der Ukraine kein Öl aus dem östlichen Riesenreich mehr zu beziehen, ist im Prinzip das Schicksal von PCK besiegelt. Denn aus Schwedt gelangen zehn Prozent aller deutschen Ölimporte in die Zapfsäulen. Die über 5.000 Kilometer lange Druschba-*Pipeline* mündet hier.

Ganz Berlin und ganz Brandenburg hängen am Tropf aus Schwedt. Über die Hälfte der Anteile an PCK gehören dem russischen Konzern Rosneft. Und Rosneft will auch nichts anderes als russisches Öl in seiner Raffinerie verarbeiten. Also soll durch eine Änderung der Gesetze zur Energiesicherung Rosneft schlicht enteignet werden. Aber welches Öl soll denn dann in Schwedt verarbeitet werden? Wirtschaftsminister Robert Habeck verspricht: Man habe da noch Rohölreserven in Wilhelmshaven. Die reichen für drei Monate und könnten per Schiff nach Rostock verfrachtet und sodann in eine bereits bestehende *Pipeline* nach Schwedt gepresst werden. Aber was dann?

In der Zeit danach müsste in Rotterdam Öl aus großen Tankern in kleinere Schiffe umgeladen und nach Rostock transportiert werden. Die Kolleginnen und Kollegen von PCK sind skeptisch. Langfristig soll angeblich »grüner Wasserstoff« in Schwedt gefertigt werden. So richtig wasserdicht sind allerdings die präsentierten Lösungen nicht. Sie sind allesamt unrentabel. Die einfachste Lösung wäre, weiterhin russisches Öl über Schwedt nach Deutschland zu verpressen. Man hätte dafür ja auch eine gute Ausrede. Denn die US-amerikanische Finanzministerin Yellen appellierte erst kürzlich eindringlich an die Europäer, von einem Boykott russischen Öls abzusehen. Der Boykott könnte die Inflation weiter anheizen.

EU-Präsidentin Ursula von der Leyen vernahm die Stimme ihrer Herrin aus Übersee sehr wohl. Denn nachdem von der Leyen zunächst am liebsten von heute auf gestern die Ölimporte aus Russland komplett stornieren wollte, sagt sie jetzt in einem Interview für den US-Fernsehsender *MSNBC* das glatte Gegenteil: »Wir müssen vorsichtig sein, denn wenn wir uns heute komplett von (russischen) Öl abschneiden würden, könnte Putin das Öl auf den Weltmarkt bringen, wo die Preise steigen und er es teurer verkaufen könnte. Und das wird seine Kriegskasse füllen. Wir müssen also sehr strategisch vorgehen, wenn wir dieses Thema angehen. Mit der Zeit werden wir uns von der vollständigen Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen befreien.« Schlau, schlau, unsere EU-Chefstrategin.

RUSSLAND RÜCKT LANGSAM UND GEDULDIG VOR

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Lange Zeit schien der Vormarsch russischer Truppen in der Ukraine ins Stocken geraten zu sein, sodass westliche Medien schon davon sprachen, dass Putin sich verkalkuliert hätte, die russischen Streitkräfte mit massiven Problemen zu kämpfen hätten oder gar dabei wären, den Krieg zu verlieren. Doch nun haben Sprecher der Donezker Volksrepubliken verkündet, dass die Truppen der Volksrepubliken in die Gebiete Cherson, Saporoshje und Charkow vorrückten.

Auch die Stadt Sewerodonezk wird von russischen und Streitkräften des Donbass eingekesselt, und die Stadt Krasny Liman sei, russischen Mitteilungen zufolge, vollständig von ukrainischen Nationalisten befreit. Der Botschafter der Lugansker Volksrepublik teilte zudem mit, dass sich rund 8.000 ukrainische Soldaten im Donbass ergeben hätten.

Auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat mittlerweile zugeben müssen, dass die Lage für die ukrainischen Soldaten im Donbass extrem schlecht sei. Wurde das langsame Vorrücken russischer Streitkräfte im Westen zumeist als Schwäche gedeutet, so gehen einige Analysten davon aus, dass es die Strategie der Russen ist, ukrainische Kampfverbände einzukreisen.

Dies wurde auch vom russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu bestätigt. Demnach sei es noch immer das Ziel, die Ukraine mit möglichst wenigen zivilen Opfern zu entwaffnen, dies brauche eben seine Zeit.

UKRAINISCHE KÄMPFER MÜSSEN BÜSSEN

Gegen ukrainische Kriegsgefangene werden wohl schon bald Verfahren wegen schwerer Verbrechen eröffnet. Der russische UN-Gesandte Wassili Nebensja teilte mit, dass ukrainische Soldaten den Befehl erhalten hätten, auf Zivilisten zu schießen. Auch machte er auf die Misshandlung und Folter russischer Kriegsgefangener aufmerksam. Es gibt Berichte von der Kastration von in ukrainischen Krankenhäusern behandelten russischen Soldaten.

Auch wird in den Donbasser Volksrepubliken drei ausländischen Kämpfern der Prozess gemacht. Den beiden britischen und einem marokkanischen Kämpfer drohten dabei die Todesstrafe. Der Hafen von Mariupol nimmt russischen Behörden zufolge seinen normalen Betrieb wieder auf, nachdem das Hafenbecken von russischen Soldaten entmint wurde. Schon seit Längerem wird kritisiert, dass Schiffe, die in ukrainischen Häfen liegen, nicht auslaufen und so beispielsweise auch dringend benötigten Weizen exportieren könne.

Dies liegt, russischen Berichten zufolge, jedoch daran, dass das ukrainische Militär die Häfen vermint hätte. Diese Minen haben sich teilweise in einem Sturm losgerissen und treiben nun unkontrolliert durch das Meer, womit sie die Seefahrt gefährden.

Diese Gefahr sei nun zumindest zum Teil gebannt, da russische Soldaten einen Korridor geschaffen haben, sodass die ersten festsitzenden Schiffe auslaufen können.

Dies könnte ein Schritt zur Sicherung der Nahrungsmittel der Welt sein. Zudem telefonierte Wladimir Putin sowohl mit Olaf Scholz und Emmanuel Macron, wobei sie unter anderem auch über die globale Lebensmittelkrise sprachen.

EU PROVOZIERT WEIZENKRISE

Immer wieder wird Russland vorgeworfen, die Welt bewusst in die Krise zu führen, da Russland und die Ukraine die größten Weizenexporteure der Welt seien. Russland war zudem bis zu den europäischen Sanktionen einer der größten Lieferanten für Rohstoffe, die zur Produktion von Düngemitteln notwendig sind.

Der russische Präsident Putin wiederum wies die Vorwürfe von sich und gab die Schuld den Sanktionen der EU. Seine einzige Bedingung für die Lieferung der Rohstoffe und von Agrarerzeugnissen sei, dass die EU die Sanktionen aufhebe. Auch wies Maria Sacharowa, russische Außenamtssprecherin, Vorwürfe zurück, nach denen russische Schiffe ukrainische Häfen blockierten. Es sei vielmehr Kiew, das jede Kooperation zur Öffnung der Häfen und einer Normalisierung des Schiffsverkehrs verweigere.

Die Erzählung von der Ukraine als wichtigster Weizenexporteur stimmt zudem so nicht. Lediglich was Sonnenblumen angeht, ist die Ukraine eines der führenden Länder.

ÖLEMBARGO LÄSST PUTIN UNBEEINDRUCKT

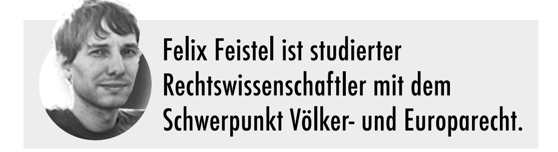
Nach langem Ringen haben die EU-Staaten nun ein Ölembargo gegen Russland verhängt, um, wie einhellig kommuniziert wurde, »maximalen Druck auf Russland« auszuüben. Auf diese Weise wolle man Russland die Finanzmittel entziehen, mit denen die Militäroperation in der Ukraine angeblich finanziert werde. Immer wieder hatten Länder wie Ungarn ein Ölembargo blockiert, weil dadurch die eigene Wirtschaft und Versorgungssicherheit gefährdet werden.

Der letztlich angenommene Kompromissvorschlag sieht vor, zunächst nur die Ölimporte zu stoppen, die über den Seeweg die EU erreichen, während das Öl durch die *Pipelines* weiter fließt. Polen und Deutschland kündigten jedoch bereits an, aus dieser Regelung »keine Vorteile« ziehen zu wollen, und erklärten damit, auch den Ölfluss durch die *Pipelines* zu stoppen.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte als Reaktion, dass Russland für das Öl andere Abnehmer finden werde. Schon jetzt haben Russland und China eine besondere Vereinbarung getroffen, nach der China das Öl zu günstigeren Konditionen erhält. Auch diese Sanktion der EU ist damit nicht mehr als ein weiterer Schritt in den ökonomischen Suizid.



Aufgeklärte Bürger wissen: Der wahre Feind der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ist nicht Russland. Foto: Georgi Belickin



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

BAERBOCK WARNT VOR »KRIEGSMÜDIGKEIT«

Kristianstad/DW. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock warnt vor einer »Kriegsmüdigkeit« in den westlichen Staaten. »Wir haben einen Moment der Fatigue erreicht«, sagt Baerbock in Kristiansand nach Abschluss des Ostseerats. Dennoch müssten die Sanktionen gegen Russland und die Hilfen für die Ukraine aufrechterhalten bleiben. Eine wachsende Skepsis hänge auch damit zusammen, dass der russische Angriffskrieg zu höheren Preisen bei Energie und Nahrungsmitteln führe. Dies sei aber genau die Taktik von Russlands Präsident Wladimir Putin. Daher sei es so wichtig, an der Unterstützung der Ukraine festzuhalten. (rtr)

»WIR WOLLEN KEIN KANONENFUTTER SEIN«

Kiew/DW. Ukrainer weigern zunehmend Befehle. Laut Meldung der Tageszeitung *Junge Welt* vom 30. Mai 2022 weigern sich sowohl paramilitärische Verbände wie auch reguläre Streitkräfte der Ukraine Order der Kiewer Führung auszuführen. Grund hierfür seien schlechte Dienstbedingungen, fehlende Versorgung von Verletzungen, klare militärische Unterlegenheit angesichts der neuen russischen Zermürbungstaktik durch Artillerie sowie die illegale Ausweitung von Einsatzgebieten. Auch Einberufungsbüros wurden von Frauen verwüstet, nachdem ihre Männer illegalerweise von der Territorialverteidigung an die Front im Donbass gesendet worden waren. (hes)

VORBEREITUNGEN FÜR DIE BENZINRATIONIERUNG

Berlin/DW. Die Berliner Zentralregierung führt ein 9-Euro-Monatsticket im deutschlandweiten Nahverkehr ein. Dieses soll vorerst bis Ende August gelten. Damit will sie die Bevölkerung darauf vorbereiten, dass demnächst nicht mehr ausreichend Benzin für den Personenverkehr vorhanden sein wird. Kritiker bemängeln, dass das Ticket in ländlichen Regionen nichts bringe, da es dort nahezu keine Nahverkehrsinfrastruktur mehr gebe. Im ländlichen Raum wird vorrangig das Auto benutzt. (hes)

UKRAINE VERSCHLEPPT KRITIKERIN

Kiew/DW. Die ukrainische Menschrechtsaktivistin Elena Bereschnaja wurde ukrainischen Geheimdienst verhaftet und verschleppt, seitdem fehlt jede Spur von ihr, wie die Nachrichtenplattform *transition-news.org* meldet. Bereschnaja ist Gründerin des ukrainischen Instituts für Rechtspolitik und Sozialschutz, mit dem sie auf diskriminierende und gewalttätige Praktiken der Regierung gegen die russische Minderheit in der Ukrainie in internationalen Foren und Konferenzen hinwies. Laut Pressemeldung des Instituts wird Bereschnaja Hochverrat vorgeworfen, weil sie konsequent auf die Verbindungen der Regierung mit rechtsextremen Verbänden hinwies. (hes)

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule im Ausland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand/verteilen

WER WILL DA PUTIN WEGPUTSCHEN?

Seit Wochen fabulieren westliche Medien von einem Sturz des russischen Präsidenten durch die Opposition. DW-Osteuropakorrespondent* ILIA RYVKIN *hat sich mit unterschiedlichen Oppositionellen getroffen, sich umgehört und umgeschaut.* Sein Fazit: *Kein Umsturz in Sicht. Und vielleicht ist das für Freunde der Zivilisation auch gar nicht so verkehrt.

»Ein Tier, das einmal Blut geleckt hat, vergisst den Geschmack nie«, sagt sie. Ich erzähle Natascha von der Reise in den Donbass, die ich vor Jahren unternommen habe und die meine Weltanschauung geprägt hat. Ja, die mich verändert hat, weit über den Wunsch hinaus, wieder dorthin zu fahren. Natascha schaut mich böse an. Sie engagiert sich bei der »Stiftung zur Korruptionsbekämpfung« von Alexej Nawalny. Die Verhältnisse, aus denen sie stammt, nennt sie »toxisch«.

»Toxisch« – als Chemikerin benutzt sie das Adjektiv oft und gern. Ihre Eltern sind nach wie vor bei der Polizei, früher Volksmiliz, in einer russischen Provinzstadt. Sie wohnen im Plattenbau. An den Wänden ihrer Wohnung hängen Teppiche. Jeden Winter nehmen die Eltern die Teppiche von den Wänden, tragen sie in den verschneiten Hof und prügeln mit ihren Dienstknüppeln den Staub heraus. »Die Teppiche stinken nach Blut«, sagt Natascha. Natascha hasst Blut. Und Schnee. Genauso wie russische Birkenhaine und die Natur überhaupt. Sie hasst Ballett. Und Dostojewski. Und Putin. Weil er toxisch ist, meint sie. Putin sei ein patriarchaler Russe, ein Bulle, wie ihr Vater.

»Dem Vater werde ich so einiges nicht verzeihen können«, sagt sie. Als Putin grünes Licht für die Spezialoperation gab, dekorierte Natascha ihre Profilbilder in den sozialen Netzwerken mit der ukrainischen Fahne. Mit Gleichgesinnten, alles woke, weltoffene, fortschrittliche Russ*innen, ging sie auf die Straße um ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben. Ein paar Tage später, um fünf Uhr morgens, bekommt sie unangemeldet Besuch. Die Beamten von der Extremismusbekämpfung beschlagnahmen Nataschas Rechner und Telefon. Sie steht jetzt unter dem Verdacht, wissentlich Falschmeldungen über die föderalen Streitkräfte zu verbreiten, was seit Kurzem als Straftat gilt. Danach löscht sie alle betreffenden *Postings* und Kommentare. Natascha glaubt, die Strafverfolgungsbehörden versuchen Druck auf sie auszuüben. Höchst beunruhigend für die zugezogene Moskauerin. Doch einen neuen Gulag hinter dem Eisernen Vorhang vermag selbst Natascha dem Land nicht anzudichten.

DIGITAL-ELITE FLIEHT AUSSER LAND

Facebook, Twitter, TikTok und Instagram sind in Russland auf Betreiben der Verbraucherschutzbehörde seit März 2022 nur mehr per Verschlüsselung erreichbar. Der angegeben Grund: Die Zensur, die betrieben wird. Anbieter wie wie Telegram, VK, Parler, Gettr, die kaum zensieren, stehen den Russen weiterhin zur Verfügung. Die manipulative Macht der westlichen *Big-Tech*- und Finanzkonzerne wird so zumindest teilweise eingeschränkt.

Dem folgte jedoch die Flucht allerlei Vertreter der globalistischen Elite. Professionelle Westlinge, der Glitter der urbanen Schickeria, selbsternannte Inteligenzija, die »dieses Land« und »das Volk« schon immer verachtet haben, sehen für sich im heutigen Moskau keinen Platz mehr. Exemplarisch dafür ist die Flucht von Putins »Sonderbeauftragten für die Beziehungen zu internationalen Organisationen zur Erreichung nachhaltiger Entwicklungsziele«: Anatoli Tschubajs. Ein Dinosaurier der russischen Politarena, der zu Putins Aufstieg einen bedeutenden Beitrag geleistet hat, ein Stammgast der Bilderberg-Konferenz, ein selbsterklärter liberaler Imperialist machte den polnischen Abgang. Äußerst unbeliebt beim Volk, das ihm die räuberische Privatisierung der Neunziger zu verdanken hat, setzte er sich zuletzt für grüne Energie und eine Minderung des Fleischkonsums ein. Damals wurde die Sowjetindustrie zu willkürlichen Preisen Knall auf Fall versteigert, heutzutage gehört zur »Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele« laut dem feinen Herrn Tschubajs eine radikale Reduktion der Weltpopulation auf 1,8 Milliarden. So ein Juwel hat die russische Krone verloren.

ZURÜCKGESETZTE OLIGARCHEN

Eine bunte Truppe aus Politikern, Geschäftsleuten und Promis, die sich selbst das »Russische Antikriegskomitee« nennt, gab Ende Februar 2022 ihre Kampfansage kund, gegen »den Diktator, der in der Ukraine einen Krieg entfesselt hat«, vorgehen zu wollen. Zu diesem edlen Organ des Volksgewissens gehören unter anderem der Oligarch Michail Chodorkowski, der früher politische Gegner durch seinen eigenen Sicherheitsdienst ermorden ließ. Dazu der Schachweltmeister Garri Kasparow, ein glühender Sympathisant der Demokratischen Partei der USA sowie der wegen *Kidnapping* angeklagte Geschäftsmann Jewgenij Tschitschwarkin. Außerdem der Politiker Dimitri Gudkow, ein Stammgast der amerikanischen NGO »Freedom House«. Man warf ihn unlängst wegen Unterschlagung von Immobilien aus dem Parlament. Sie und einige weitere, die vom Ruf und Werdegang her in die illustre Runde passen, riefen die Mächtigen der Welt dazu auf, eine »eindeutige Haltung zu Völkerrechtsverstößen« einzunehmen, und sich »ungeachtet aller Differenzen gegen die Diktatur« zu vereinen. Sogar eine neue Fahne haben sie sich ausgedacht: Weiß-blau-weiß sollen die Farben des gezähmten Russen werden, damit sich alle Probleme lösen.

MOSKAUER KUNSTSZENE: KRIEG ALS KREATIVRAUM

Auf der Suche nach anderen Oppositionsstimmen treffe ich in Moskau den Schriftsteller und Dramaturgen Wladimir Golyschew. Ich kannte ihn bisher nur aus dem Internet, aus Zeiten, als er sich als linker Christ für die Freilassung der damals verhafteten »Pussy Riot«-Teilnehmerinnen einsetzte. Später schrieb er für den von den USA finanzierten Rundfunksender *Radio Liberty*.

Als wir uns heute persönlich zum ersten Mal treffen, wirkt er auf mich naiv, fast kindlich. Mit glühenden Augen spricht er von der »kommunistischen Idee« und den Vorteilen der Planwirtschaft, schwärmt von der Freundschaft der Völker, die er als Kind erlebte. Während unseres Gespräches schreibe ich mehrmals das Wort »sowjetromantisch« in mein Notizbuch. Ich hätte Golyschew nicht für einen Putinisten gehalten. Trotzdem unterstützt er die hier überall so genannte Spezialoperation. Die zweifelhafte Erzählung über die Denazifizierung der Ukraine nimmt er für bare Münze. »Die Befreiung der Ukraine von den Faschisten ist unbedingt notwendig. Und dann kommt die Denazifizierung Russlands.«, so seine Vision.

Für Golyschew bedeutet der Krieg die Abkehr von dem seit dreißig Jahren herrschenden antikommunistischen Geschichtsbild und eine Hinwendung zum Kampf gegen jede Form des Nationalismus, speziell des russischen.



ER SITZT FEST IM SATTEL:
Der russische Präsident Vladimir Putin hat seine politischen Gegner seit vielen Jahren außerordentlich fest im Blick.

DER OLIGARCH:
Michail Chodorkowski bereicherte sich in der russischen Privatisierungswelle nach 1990. Er ruft aus London zum Volksaufstand auf, während russische Behörden nach ihm wegen Mordes fahnden.



DER TRANSHUMANIST:
Anatoli Tschubajs ließ in den 90er Jahren als Finanzminister die russische Bevölkerung verarmen und machte dann in Pharma- und Biotechnologie. Nachdem Vladimir Putin das Corona-Regime beendete, floh er auf Nato-Territorium.

Seine Zukunftsvision ist die Wiederherstellung einer neuen Sowjetunion. Er träumt von einem multikulturellen Staatsgebilde, »wie die EU, nur eben kommunistisch«. »Das würde«, so meint er, eine »friedliche und stabile Entwicklung des nordeurasischen Großraumes gewährleisten.«

»Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg«, diese Losung Lenins aus Zeiten des Ersten Weltkrieges hält Golyschew im heutigen Russland für genauso anwendbar. Damals bedeutete es, dass durch die Leiden des ersten Weltkrieges, die russische Revolution möglich wurde, samt Bürgerkrieg, welcher die Macht der Bolschewisten festigte. Begeistert spricht Golyschew über eine neue rote Welle, und meint damit, dass heute über oft in den anscheinend befreiten ostukrainischen Orten eine rote Flagge gehisst wird.

»Ein Bürgerkrieg«, widerspreche ich ihm, »herrscht im Donbass doch schon seit acht Jahren! Solche Zustände will ich in Russland nicht sehen. Der russische Staat, unvollkommen wie er ist, beschützt zumindest sein Volk vor der schlimmsten Barbarei. Die laufende Spezialoperation ist außerdem kein totaler Krieg wie damals. Sie verläuft ohne Millionen von Rekruten, die ihre Waffen gegen die eigene Regierung wenden könnten. Möge die Muttergottes uns davor bewahren.« »Noch hast du recht. Anders wäre es im Falle einer totalen Mobilmachung«, erwidert Wladimier Golyschew mir augenscheinlich hoffnungsvoll.

LINKE PATRIOPTEN

Die Töne, die ich auf der Sankt-Petersburger Konferenz der Patriotischen Linken höre, klingen anders. Man trifft sich in der Parteizentrale der kleinen Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei, die unter einem Dach mit dem polizeieigenen Kampfsportverband ansässig ist. Den Gast aus Deutschland empfängt man mit aufrechter, proletarischer Freundlichkeit. Die Parteikader fragen mich, wie es bei uns so um den Klassenkampf steht und schenken mir einen Kalender mit Che Guevara und Stalin. Die faschistischen Banden in der Ukraine und die Nato sind für sie eingefleischte Feinde, deshalb unterstützt man hier die Militäroperation der sonst verhassten Regierung ohne Wenn und Aber.

Eine weitere bei der Konferenz vertretene Gruppe sind die Anhänger des verstorbenen Dichters Eduard Limonow: die Nationalbolschewisten. »Hochnäsig, volksfremd, unzivilisiert, geistig behindert«, sind nicht die krassesten Beleidigungen, mit denen Limonow die Moskauer Machthaber und Putin betitelte. Dennoch galt für ihn als oberste Direktive: »Für jeden russischen Bürger gilt: Bei allen internationalen Konflikten, egal, wer die Gegner sind, egal, wer das Land regiert, stell dich bedingungslos auf die Seite Russlands!« So halten es heute seine Anhänger immer noch.

Eine weitere Stimme auf der Konferenz: »Die Geschichte hat den Weißgardisten Recht gegeben, die vorher gegen die Sowjets auf Leben und Tod kämpften, aber im Zweiten Weltkriegs ihren Kampf einstellten und die Rote Armee unterstützten«, erklärt mir Oberst W. W. Kwatchkow. Er saß wegen eines versuchten bewaffneten Aufstandes mehrere Jahre hinter Gittern. Man kann ihn nicht als Putin-Freund bezeichnen. Sein Anliegen der Stunde ist aber kein »Volksaufstand gegen die von der Hochfinanz eingesetzte Okkupationsverwaltung«, wie er die Regierung gerne nennt, sondern »die totale Mobilmachung« der russischen Gesellschaft.

SONDEROPERATION STATT GENERALMOBILMACHUNG

Der Wille zum »Totalen Krieg« ist in der linken wie in der rechten Opposition erkennbar. Die bei der Operation eingesetzten Streitkräfte sind den Ukrainern gegenüber eindeutig in der Unterzahl. Damit konnte Putin, wie einige es von ihm erwartet hätten, keinen Blitzkrieg führen.

Dennoch vermute ich Putins Absichten zu verstehen. Immer wieder nennt er den Namen eines Denkers, unter dessen Einfluss er am meisten steht. Nicht Alexander Dugin, den neurechten Influencer, den man im Westen gern als »Putins Rasputin« inszeniert, ja, der sich selbst gern für diese Rolle inszenieren lässt. Der Autor, dessen Schriften für das politische Denken Putins maßgeblich sind und den Dugin, nebenbei bemerkt, nie erwähnt, ist der Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn. Er ist Autor des Buches »Archipel Gulag«, welches Vladimir Putin zur Pflichtlektüre in den Schulen erklärte. Ohne das Fremde abzuwerten, steht Solschenizyn für das Eigene und für russische Leben, die zählen. Diese erzkonservative Haltung macht ihn dennoch zu keinem notorischen Zaristen. Solschenizyns Schriftwerk beinhaltet harsche Kritik an den Zaren, die die eigenen Bürger aufgrund eines messianischen Hirngespinstes zugunsten fremder Mächte kämpfen und sterben ließen. Weder der Feldzug mit den alten Häusern Europas gegen Napoleon, noch zahlreiche »Befreiungen« irgendwelcher »Brudervölker«, die sich anschließend als undankbar erwiesen haben, waren aus seiner Sicht gerechtfertigt. »Russian Lives Matter«, würde ein bekannter Bürger des Staates Vermont zu Solschenizyn sagen: »Russia first«. Das Gebot scheint ebenso für Putin zu gelten. Die Ziele, die er für jede seiner Kampagnen setzte, waren stets klar, pragmatisch, erreichbar unter Verlust von möglichst wenigen Menschenleben. Da die laufende Spezialoperation dem gleichen Muster folgt, bleibt die Wahrscheinlichkeit einer in der Ukraine und im Westen prophezeiten landesweiten Mobilmachung gering.

»Ich will nicht für Putin sterben!«, eine Ansage, die ich von jungen Moskauern zuweilen höre, beantworte ich mit: »Er will das ebenfalls nicht.« Diese Auffassung setzt sich teils unbewusst in breiten Schichten im Volk durch. Die gegen das Land verhängten Sanktionen haben die Mehrheit nicht betroffen. Nach einer Schwankung im März ist der Rubel gestärkt. Der Verbraucherpreisindex verzeichnet eine beneidenswerte Stabilität. Anhand einer Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Levada genießt Putin eine Zustimmung von 83 Prozent. Die Zustimmungsrate ist während der Spezialoperation um 17 Prozent gestiegen.

Ob man alles auf Rot setzt oder diese Farbe verabscheut, es ist kein Umsturz im Land in Sicht. Westliche Sanktionen haben den gegenteiligen Effekt, einen den die Politikwissenschaft als »Rally-'round-the-Flag« bezeichnet, das Versammeln um die Flagge. Und deren Farben bleiben: Weiß-Blau-Rot.



Ilia Ryvkin (Jahrgang 1974) in Russland geboren und aufgewachsen ist Berliner Bühnenautor und derzeit DW-Korrespondent in Osteuropa.

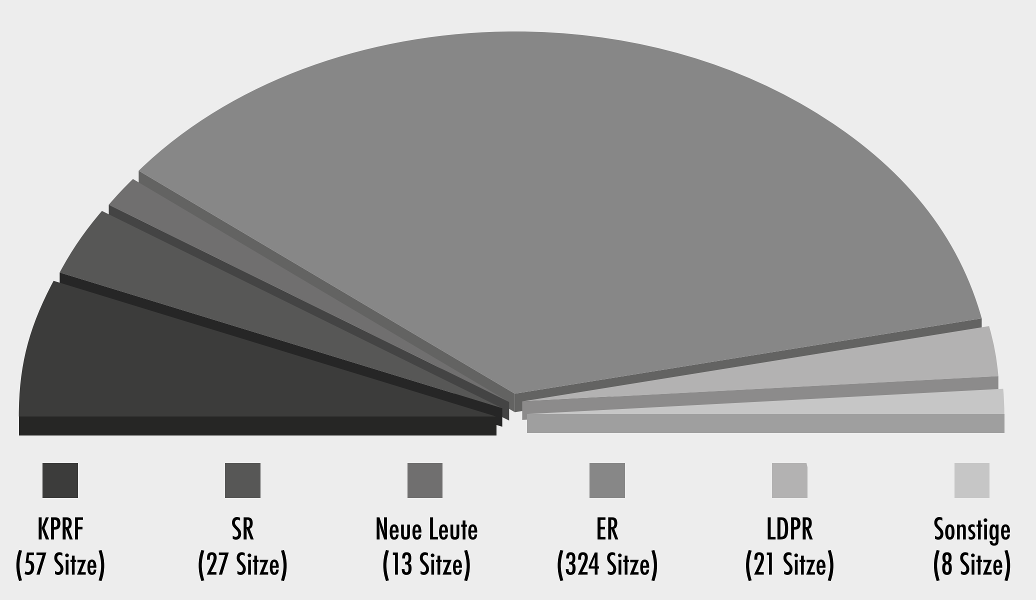


DER NATO-JUNGE: *Alexei Nawalny bezeichnete Tschetschenen als Kakerlaken und wird von westlichen Regierungsmedien als russischer Oppositionsführer hochgejazzt. Er versucht aus dem Gefängnis heraus, auf Demonstrationen gegen den Krieg zu mobilisieren.*



DER SCHRIFTSTELLER: *Eduard Limonow floh aus der Sowjetunion und den USA, gründete national-bolschewistische Parteien und startete Straßenbewegungen. Bis zu seinem Tod im März 2020 hatte er große Pläne für Russland.*

POSITIONEN DER GROSSEN RUSSISCHEN PARTEIEN ZUM KRIEG



EINIGES RUSSLAND (ER)
Die konservative Regierungspartei ist die mitgliederstärkste Partei der Russischen Föderation. Der russische Präsident Vladimir Putin ist kein Mitglied der Partei mehr, sein Kurs wird von dieser jedoch weiterhin vollumfänglich unterstützt. Der Vorsitzende der Partei ist der mittlerweile sehr unterhaltsame Blogger und Ex-Präsident des Landes, Dimitri Medwedew. Die Partei wird vor allem von Beamten und Menschen gewählt, die aus öffentlichen Geldern bezahlt werden und die mit der Regierung generell zufrieden sind. Sie besetzt 324 von 450 Sitzen in der Duma.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DER DER RUSSISCHEN FÖDERATION (KPRF)
Die Partei ist die Nachfolgerpartei der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und zweitstärkste Partei im Land. Ihre politischen Ziele sind die Verhinderung der Privatisierung von Grund und Boden und die Wiederverstaatlichung von Schlüsselindustrien. Die KPRF stellte sich als einzige Oppositionspartei konsequent gegen die Covid-Maßnahmen. Die KPRF forderte den Militäreinsatz Russlands in der Ukraine aus einer noch radikaleren Position als die Partei ›Einiges Russland‹ und unterstützte diesen von Anfang an. Sie verfügt über 57 Sitze in der Duma.

GERECHTES RUSSLAND (SR)
Ursprünglich war die Partei ein Sammelbecken von sozialdemokratischen und linken Gruppen und pflegt auch Kontakte zu den entsprechenden europäischen Schwesterparteien. Sie hat sich nach einer Fusion mit der Partei des Dichters Sachar Prilepin ›Für die Wahrheit‹ in der letzten Zeit stark in eine patriotische Richtung orientiert. Die Partei setzt sich vehemnt für die Unterstützung der Donezker und Luhansker Republiken ein. Ihr Vorsitzender Sergei Mironow forderte während des Ukrainekonfliktes lautstark die Eroberung von weiteren Teilen der Ukraine. Die Partei hat 27 Abgeordnete im Parlament.

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI RUSSLANDS (LDPR)
Es handelt sich um eine populistische Volkspartei, die immer wieder durch ungewöhnliche Wahlversprechen auffällt. Westliche Medien bezeichnen sie als rechtsextrem. Der für allerlei Skandale bekannte Parteigründer Vladimir Schirinowski verstarb vor kurzem (nachdem er sich zum achten Mal mit verschiedenen Impfstoffen impfen ließ). Die Partei setzt sich erklärtermaßen vorrangig für die russische Bevölkerung und die ärmeren Schichten ein. Der Militäreinsatz in der Ukraine wird von Anfang aus einer überzeugten Position heraus unterstützt. Die LPDR hat 21 von 450 Sitzen in der Duma inne.

NEUE LEUTE
Eine wirtschaftsliberale Partei, die im Jahr 2020 von dem Geschäftsmann Alexei Netschajew, dem Chef des russischen Kosmetikkonzens Faberlic, gegründet wurde. Sie setzt sich für Meinungsfreiheit und gegen Zensur ein. Den angewendeten Covid-Maßnahmen steht die Partei kritisch gegenüber. Die »Spezialoperation« in der Ukraine unterstützt die Partei. Sie verfügt über 13 Sitze im Parlament.

Keine einzige Partei, die in die russische Staatsduma (Parlament) gewählt wurde, kritisiert den Kriegseinsatz in der Ukraine: Alle Parlamentarier haben einstimmig für die Anerkennung der Donezker und Luhansker Republiken und für die sogenannte »Spezialoperation« in der Ukraine gestimmt. Es gab bei der Abstimmung keine Enthaltungen. (ryv)



Weimar überzeugen mit einem melodischen, wuchtigen Sound und Mut machenden Texten. Foto: Facebook Weimar Offiziös

DIE NEUEN ROCK-REBELLEN!

Die deutsche Rockband Weimar stürmt mit ihren systemkritischen Texten die Mainstream-Charts. | Von Klaus Müller

Zugegeben: Eine Rockband, die Masken trägt, ist nichts Neues. Spontan denkt man da an die US-Metal-Band Slipknot. Aber Weimar sind »Anders als die Andern«. Weimar? Ja, die Combo hat sich nach Thüringens Kulturhauptstadt benannt. Mit der brachte man einst schon Johann Sebastian Bach, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Richard Wagner und Martin Luther in Verbindung, nun also Kurt Ronny Fiedler, Till Schneider, Valentin Tod und Richard Wegnar, wie sich die vier Bandmitglieder nennen, von denen man aber darüber hinaus so gut wie nichts weiß, was offenbar auch so bleiben soll.

Ihr Musikstil: Ein Mix aus Rock, Metal, HipHop. Ihr Sound: Einmal gehört, geht er nicht mehr aus den Ohren und zwar grundsätzlich! Ihre Texte: Einfach genial – gesellschaftskritisch, (selbst) ironisch, sarkastisch, Mut machend. Weimar treffen den Zeitgeist, wie es derzeit keiner anderen Band in diesem Genre gelingt. Nicht zu vergessen die Videos zu den Songs: Bei »Im Wahnsinn gefangen« zieht ein Rattenfänger durch die Straßen, dem sich alle wie ferngesteuert anschließen. Am Ende sieht man, wo Herdentrieb und Volksverdummung enden können: Die Menschen werden ins Verderben gelockt, ehe etliche Leichen flussabwärts schwimmen. Dann erscheint ein Zitat des Schriftstellers Jean-Jacques Rousseau: »Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.« Ein *Statement* gegen die Covid-Impfpflicht?

Sehr wohltuend, wenn man bedenkt, dass erst vor wenigen Monaten einstige Rock-Rebellen wie Die Toten Hosen in den sozialen Netzwerken für die gefährliche Genspritze warben. Bei einem Konzert in Düsseldorf im Dezember 2009 schwurbelte Frontmann Campino in Sachen Schweinegrippe-Impfung noch von einem Skandal: »Keine *fucking* Spritze in meinen Körper mit diesem Dreck!« Wie sich die Zeiten doch ändern. Wenn Helden früherer Tage heute brav und fast anbiedernd dem Lügen-Narrativ der Politik zustimmen, braucht es eben *Newcomer*, die gegen den totalitären Irrsinn aufbegehren.

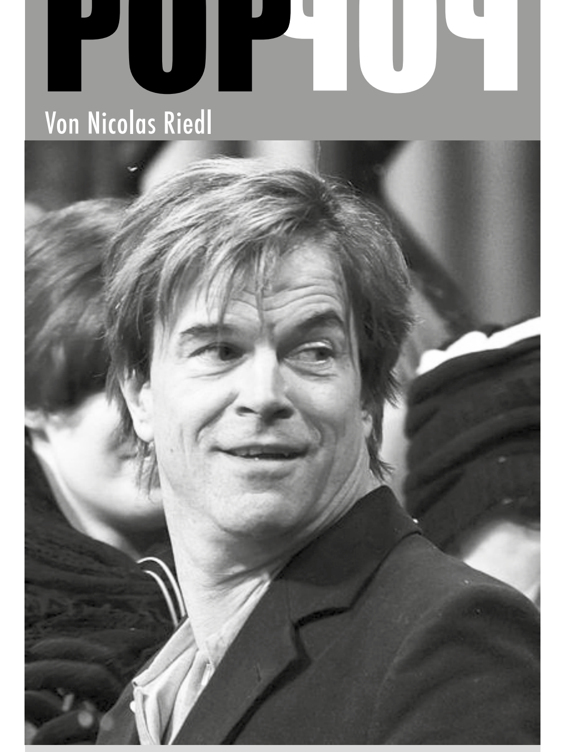
HYMNEN FÜR DEN WIDERSTAND

Von Weimar sind politische Äußerungen (bislang) zwar nicht bekannt, aber ihre Texte sprechen für sich. Der Song »Anders als die Andern« (war bereits auf Demos der Freiheitsbewegung zu hören) beschreibt, dass blinder Gehorsam, Hörigkeit und Arschkriecherei einem kein Glück bringen, es stattdessen umso wichtiger ist, aufrecht, selbstbestimmt und ehrlich durchs Leben zu gehen. *Tracks* wie »Zahme Vögel«, »Zur Freiheit« und »Geistige Minen« eignen sich ebenfalls als Freiheitshymnen.

Eine Parallele zu den Demos liefert zudem »Bester Feind«: Der »Ahu«-Schlachtruf der Spartaner aus dem Kinofilm »300« wird seit Monaten von den Freiheitskämpfern zelebriert und findet sich im Song wieder. Auch zum Thema Medien haben Weimar eine klare Meinung: »Alles Lüge«. Ihr Debüt »Auf Biegen & Brechen« (stieg in den Charts auf Platz fünf ein) ist für den Autor dieses Textes das beste Rockalbum einer deutschen Band seit Jahren – und zwar in vielerlei Hinsicht!

POP

Von Nicolas Riedl



Spricht sich für Militarisierung aus – Punksänger Campino. Foto: Avda.

PUNKER FÜR AUFRÜSTUNG

In einem *Stern*-Interview äußerte sich der Frontsänger der »Toten Hosen«, Campino, zu der aktuellen politischen Weltlage. Er gab zu Protokoll, dass er unter den heutigen Umständen den Wehrdienst nicht mehr verweigern würde, wie dereinst 1983. Auch sei es nach seiner Ansicht Teil der Identität als Europäer und Teil der sogenannten Wertegemeinschaft, dass man nun aufrüsten müsse, um gegenüber Putin nicht wehrlos zu sein. Zugleich bezeichnete er es als Tragödie, dass die Rüstungsgelder nicht anderweitig genutzt werden können. Etwa zur Bekämpfung des »Klimawandels«. Das Militär ist einer der größten CO2-Emitenten.



Mehrfach geimpft und doch erkrankt – Herbert Grönemeyer geht nicht auf Tour. Foto: instagram_herbertgroenemeyer

TOURABSAGE – PLÖTZLICH UND UNERWARTET

Herbert Grönemeyer muss krankheitsbedingt seine »20 Jahre Mensch«-Tour absagen. Er sei mehrfach geimpft, wie er in einem öffentlichen Brief beklagte. Noch im Dezember des vergangenen Jahres leugnete der Sänger die Spaltung der Gesellschaft und bezeichnete die Demokraten als einen »geringen Teil der Gesellschaft«, dem ein Land gegenüberstehe, in welchem die Menschen zusammenhalten würden. Dabei kritisierte er die Gegner der Maßnahmen. Ob seine Erkrankung bei ihm ein Umdenken auslöst?



WIDERSTAND BIS AUFS BLUT?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Gert Zenker

Wer da sagt: Schwerter zu Pflugscharen, Frieden schaffen ohne Waffen, der wird heute wieder – wie ehemals im Sozialismus – zum Staatsfeind gestempelt. Als ethisch lobenswert gilt Waffengerassel – »bis zum Endsieg«, eine Äußerung, zu der sich kürzlich eine deutsche Politikerin verstiegen haben soll.

Beschämend, wie sich ehedem renommierte Zeitungen und Sender in die Kriegspropaganda einspannen lassen, sich der blanken Kriegstreiberei schuldig machen. Daneben wird fleißig weiter gegendert, *Political Correctness* verkündet, von Toleranz gefaselt. Um die Auseinandersetzung mit Hass und Hetze (Gefühlsregungen, die man gern den Pandemie-Kritikern andichtet) ist es jedoch merkwürdig still geworden, seit man selbst dieses böse Panier ergriffen hat und den Hass predigt. Doch lassen wir das. Fangen wir mit dem Frieden, mit Wahrheit und Gerechtigkeit im eigenen Leben, in unseren Familien an. Das sechste Kapitel des Epheserbriefes mahnt die Kinder und alle Geknechteten zum Gehorsam, die Eltern und Herren aber zur Mäßigung: Reizt eure Kinder nicht zum Zorn, und ihr Mächtigen: Lasst das Drohen, da ist ein Herr im Himmel, der stärker ist als ihr, kein Ansehen der Person gilt vor ihm (vgl. V. 1 – 9). Was heißt hier Widerstand? Im Widerstand das Stehen: Zieht an die geistige Waffenrüstung Gottes, damit ihr bestehen, Stand halten könnt, gegen die listigen Anläufe des Diabolos (Eph 6, 11), der alles durcheinander wirft, in der Gesellschaft wie im Privaten.

Das Hauptfeld des Widerstandes liegt zweifellos im eigenen Ich. In allem, was mich von Gott trennt, wo ich seinem Gebot zuwider handle, wo ich verachte statt zu lieben, drohe statt zu trösten, mit Argumenten um mich schlage, statt dem anderen die Hand zu reichen. Im Kampf gegen die Sünde, die eigene Verfehlung, bis aufs Blut zu wider-stehen (vgl. Hebr 12, 4), ist die erste, naheliegende Aufgabe, in die wir die größte Energie investieren müssen. Und täuschen wir uns nicht – dem Worte Gottes, der Macht seines Armes, kann niemand widerstehen.

Dr. theol. Gert Rudolf Zenker, Theologe und Literat. Herausgeber der WendeBlätter 2022 (www.wb2020.de).

MEIN KOLLEGIUM

von Anselm Lenz

»ES SOLL SICH DIE POLITIK ZUM TEUFEL SCHEREN, DIE – UM WELCHER PRINZIPIEN AUCH IMMER – DEN MENSCHEN DAS LEBEN NICHT LEICHTER MACHT.«

Wie gerne würde ich wieder mehr von Arno Schmidt, Peter Weiss, John Steinbeck, Claire Waldoff, Herbert Achternbusch, Werner Köhne und auch von Maria Dąbrowska erzählen. Ja, meine Zuneigung gilt den eher Skurrilen, den Verspielten, den tendentiell Abseitigen, Absteigenden, den Unterjochten, den Verkannten, Aufbegehrenden, den Suchenden und Aufsteigenden.

Dass ich heute – und ich hoffe: vorübergehend – den Gebrauchstext, die große Geste, die einfache Form bringen muss, ist den Umständen geschuldet. Habe sie am 28. März 2020 gewissermaßen in vita mea geerbt. Ich wusste bereits, dass es um Bildung und Kultur schlecht bestellt war, denn ich bin in der Arbeiterklasse aufgewachsen und daher nicht so leicht zu blenden. Aber dass es so schlimm ist? »Es ist«, rülpst es aus der Twitter-Blase; das Niveau der politmedialen Kaste der Fäsers und Bärbocks ist in einem Ausmaß auf die Nulllinie eingebrochen, das es sich der Satire noch entzieht. Zu grauenhaft die Verbrechen des Regimes und seiner Protagonisten. Kollateralschäden?

Wer will also Willy Brandt noch kennen? Und warum beginne ich die letzte Seite dieser Ausgabe mit dessen Zitat? – Nun, aus allen Gründen. Und dies ohne der »totale Brandtianer« zu sein. Gleichwohl anerkennend, dass das Tun und Lassen des beliebtesten Regierungschefs der BRD einen echten sozialen, freiheitlichen und demokratischen Kern hatte. Die Ziele: Wandel durch Annäherung (vergleiche Egon Bahr), Souveränität und Neutralität (vgl. Jürgen Elsässer), Abrüstung und Demokratisierung (vgl. Daniele Ganser). Ein Deutschland, in dem wir sagen würden, »Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land«. Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der Arbeit. Abschmelzen des ultrakapitalistischen Wasserkopfes und Abschaffung der Repräsentation. Politisches Ehrenamt und Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen – nach reiflicher Diskussion in wahrhaft freien Medien!



Die Redaktion auf der DW-Gala am 19. Mai in Hamburg. Foto: Georgi Belickin

Doch »Freedom and Democracy« führen sich als identitäre, nein, totalitäre Bewegung auf, stürzen uns in Diktatur, Neofeudalismus und Weltherrschaftskriege. Was tun also im vermeintlich »besten Deutschland, das es jemals gegeben hat« (Steinmeier am 3. Oktober 2020)? Wer faschistisch und strukturell antisemitisch putscht – das ist mit dem erlogenen Ausnahmezustand »Corona« geschehen – behauptet gleichmal vorweg, Demokraten seien »Faschisten« oder »Antisemiten«. Ich habe das 2020 reiflich beschrieben und widerlegt, wie generell meine Texte 2020-2021 einigermaßen zitierfähig sein dürften.

»Wir rocken unsere Welt«, sang der geschätzte Stuttgarter Querdenker Wolfgang Greulich bei der großen DW-Friedensgala im Mai 2022 in der Großen Freiheit 36 in Hamburg. Wenn wir die Hoffnung auf Verfassungserneuerung von unten zur Revitalisierung demokratischer Werte nicht aufgeben wollen – »das Leben leichter machen« – werden wir mit Eifersucht, Missgunst und Hysterie sicher nicht weiterkommen. Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark – und ich bitte Sie um Unterstützung für meine Wochenzeitung und mein Kollegium.



SPORT MIT BERTHOLD

SPORTLER AUSSCHLIESSEN? NEIN DANKE.

Rückblickend auf meine Zeit als Fußballprofi (1982 – 2002, Anm. Red.): So etwas gab es nicht, dass Spieler oder Mannschaften ausgeschlossen worden sind.

Trotz Kalten Krieges, trotz Mauer, trotz Falkland, trotz Krisen und Konfliktherden. Denn das ist Wettbewerbsverzerrung und der Gedanke des Sports ist die Verständigung. Nun hieß es, der »Impf«-kritische Weltranglistenerste im Tennis, Novak Đoković, werde nicht an Wimbledon teilnehmen, nachdem die russischen Athleten ausgeschlossen wurden. Đoković nimmt nun doch teil, aber seine Äußerungen und sein Mut sind für viele interessant. Ich bin mir bei ihm allerdings nicht so sicher, denn wenn man mal auf seiner Webseite nachsieht, findet man Hinweise auf das WEF und damit auf das Great-Reset-Regime. Aber vielleicht sehe ich das zu schwarz und so etwas passiert durch Zufall oder durch Entscheidung von Ausrüstern, die ansonsten keine Rolle für den serbischen Top-Athleten spielen? Immerhin gab der Tennisverband ATP nun bekannt, in Wimbledon keine Punkte zu vergeben, weil der Ausschluss von Sportlern und Publikum jedes Turnier unfair und irrelevant macht.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihre lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW/der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 92. Ausgabe ab Samstag, 4. Juni 2022. | Redaktionsschluss war am 2. Juni 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT QNTODEB2XXX.**

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Jill Sandjaja, Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Klaus Müller, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam, UFP United Free Press, London.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 93 erscheint am 11. Juni 2022.